1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 38 vom 20. September 1985 19. Jahrgang 1 DM

Harte Linie

Alfred Dregger lobte Franz Josef Strauß als *„einen der besten Afrika-Kenner, nicht nur in Deutschland, sondern in der westlichen Welt überhaupt"*. Diesen Ruf möchte der Rechtsaußen aus Bayern mal wieder unterstreichen. Er schießt gegen die Beschlüsse des Bonner Kabinetts, die auf die Empfehlungen der EG zurückgehen. Konkret geht es um das Kulturabkommen mit Südafrika. Strauß möchte es unangetastet wissen, die Bonner Änderungen, die Genscher vorgeschlagen hat, gehen ihm zu weit. Muß man also Genscher vor Strauß in Schutz nehmen? Keineswegs. Strauß behauptet: *„... daß der Außenminister das Kulturabkommen mit Südafrika kündigen und damit eine historische Zusammenarbeit abbrechen will"*. Genscher hingegen betont tont, daß die EG keine *„negativen Maßnahmen"* beschlossen habe, sondern *„positive"*. Konkret heißt das, daß Bonn lediglich eine *„Änderungskündigung"* beschlossen und in einer Note seine Bereitschaft erklärt habe, über ein neues Abkommen zu verhandeln. Weiterhin konnte Genscher glaubhaft nachweisen, daß er in der EG-Beratung der schärfste Kritiker von harten, eben *„negativen"* Maßnahmen gewesen sei. Dazu gehören Wirtschaftssanktionen aller Art.

Wenn Strauß nun Genscher aufs Korn nimmt, und so vehement auf ihn schießt, kann das nur einen Grund haben. Der *„beste Afrika-Kenner"* der Bundesrepublik möchte alles vermeiden, was auch nur den Anschein von Anti-Apartheidspolitik haben könnte. Wenn schon das, was Genscher macht, nämlich rein kosmetische Veränderungen der Politik, eine *„Politik der Unvernunft und Unverantwortlichkeit"* (O-Ton Strauß) ist, dann soll der Bayer doch offen sagen was er will: die Aufrechterhaltung der Rassentrennung, Unterstützung des Systems, das Schwarze unterdrückt und mordet und damit goldene Bedingungen für die westdeutschen Großkonzerne bietet.

Freiheit für Südafrika und Namibia

Boykott gegen Apartheid!

Demonstration in Bonn am 21. 9.

Südafrika brennt. Das Rassistenregime wankt. Es kann sich nur noch auf seinen Gewaltapparat stützen, seine Herrschaft mit Mord und Terror aufrechterhalten. Die weltweite imperialistische Unterstützung für das Rassistenregime, das dem großen Geld profitable Möglichkeiten schafft, die Ausbeutung von Land und Leuten garantiert, wird immer mehr in Frage gestellt, geht unter dem Druck der Solidaritätsbewegung mit dem Freiheitskampf der Schwarzen zurück.

Die Bundesrepublik Deutschland, ihre Konzerne, die Bonner Regierung gehören zu treuesten Freunden der Apartheidsregierung. Im Gegensatz zu vielen anderen Staaten, in einer Front mit Reagans USA und Thatchers England versucht man mit Scheinmanövern, verbalen Protesten als Gegner der Rassentrennung zu erscheinen, aber auf der anderen Seite alles zu verhindern, was die Herrschenden in Südafrika irgendwie in Schwierigkeiten bringen könnte. Der aktuelle Streit um die Kündigung des Kulturabkommens zeigt das deutlich.

Breiter Protest in der Bundesrepublik und Westberlin kann helfen, die Bonner Politik der Komplizenschaft mit dem südafrikanischen Mörderregime zu stoppen. Aufklärung und Information, Demonstrationen und Kundgebungen, Boykottaktionen gegen südafrikanische Firmen und Produkte können eine Front schaffen, die endlich auch aus der Bundesrepublik heraus wirksame Sanktionen gegen die Rassistenregierung Botha schafft.

„Kein Frieden mit der Apartheid" — unter diesem Motto kämpfen die Schwarzen in Südafrika. Sie kämpfen einen gerechten Kampf und haben unsere Solidarität nötig. Einem der größten Profiteure und Unterstützer des verbrecherischen Systems der Apartheid hier Dampf zu machen, das ist die Aufgabe der Solidaritätsbewegung in der Bundesrepublik und Westberlin. Ein Höhepunkt dieser Bewegung muß die Demonstration am 21. September in Bonn werden. Zusammen mit -zig anderen Organisationen und Parteien ruft die KPD auf: Kommt nach Bonn, demonstriert für die **Freiheit Südafrikas und Namibias.** Fordert: **Boykott gegen Apartheid.**

Mehr zum Thema: Seite 8

SDI-Delegation zurück:

Erfreuliche Antworten?

Die 30köpfige Delegation der Bundesregierung (mit zahlreichen Vertretern der Industrie) unter Leitung von Kanzleramtsmann Teltschik ist am vergangenen Wochenende nach einem anderthalbwöchigen Besuch in den USA wieder in der BRD eingetroffen. Befragt, was sein Eindruck gewesen sei, unterstrich Teltschik, daß er eine erfreuliche Offenheit auf amerikanischer Seite gefunden habe.

Offensichtlich sollen mit dem Abschluß dieser Reise die Signale endgültig auf grün gestellt werden für das von der Bundesregierung und den westdeutschen Kapitalisten angestrebte Rahmenabkommen.

Die Forderung nach einem solchen Rahmenabkommen drückt die Forderung der Konzerne nach einer Absicherung eigener Geschäftsanteile aus, sie wollen sich nicht darauf beschränken, den US-Konzernen zuzuarbeiten und einige Brosamen einzustreichen.

Um etwas anderes als darum, unter welchen Bedingungen eine westdeutsche Mitarbeit stattfinden kann, kann es bei den Gesprächen quer durch die USA nicht gegangen sein: Denn in den USA selbst sind die Arbeiten an SDI bereits so weit fortgeschritten und politisch so festgeklopft, daß sich nichts mehr bewegt. Ab 1. Oktober stehen für zwölf weitere Monate zunächst über 7 Milliarden Mark im US-Bundeshaushalt dafür zur Verfügung, es wurden bereits rund 800 Abkommen diesbezüglich unterzeichnet, die größten Rüstungskonzerne haben sich bereits für ganz konkrete Projekte angemeldet — der Zug fährt schon im schnellsten Tempo, wie es ein amerikanischer Militär in der Pressekonferenz ausdrückte.

Da ist klar, daß die US-Konzerne diktieren werden, wer was abbekommt, und da dürfte auch trotz gegenteiliger Beteuerungen klar sein, daß sich westdeutsche Kon-

Fortsetzung auf Seite 2

50 Jahre danach

Proteste gegen Nürnberger Rassegesetze

Die Nürnberger Rassegesetze, 1935 auf dem „Reichsparteitag der Freiheit" der NSDAP verabschiedet — das war die „rechtliche" Grundlage der rassistischen Mordkampagnen der Nazis. Das war das Signal für das barbarischste Verbrechen dieses Jahrhunderts. Aus Anlaß dieses Jahrestages gab es eine Reihe von Gedenk- und Protestaktionen.

In Nürnberg demonstrierten mehrere Tausend Christen und Juden aus Anlaß dieses Jahrestages und verurteilten die Nazi-Barbarei. Die Grünen organisierten im Bundestag eine Sondersitzung ihrer Fraktion, und kritisierten dabei das Bundesentschädigungsgesetz von 1953, weil es den Überlebenden des Terrors die Beweislast aufbürdet.

Der Zentralrat der Sinti und Roma beklagte in einer Erklärung die bis heute anhaltende Diskriminierung ihrer Volksgruppe in der BRD.

Auch im Zusammenhang mit den Protesten gegen den NPD-Parteitag am Wochenende (siehe auch Seite 7) wurde daran erinnert, daß es eine ganz besondere Provokation darstellt, wenn diese faschistische Partei ausgerechnet an diesem Jahrestag ihren Kongreß begehen will und kann.

Die Nürnberger Rassegesetze waren Ergebnis der Ideologie der Nazis — sie wurden in ihrer Durchsetzung aber von den Kapitalisten auf das lebhafteste genutzt, sowohl bei der sogenannten Arisierung jüdischer Betriebe als auch bei der Ausbeutung der Arbeitskraft.

Zahlreiche Großunternehmer profitierten so direkt und erheblich von diesen Gesetzen (siehe dazu Artikel auf Seite 6 dieser Ausgabe).

Von allen Beteiligten wurde dieser Jahrestag als dringend notwendiger Mahntag gegen den Rassismus, wie er auch heute von neuen Nazis vor allem gegen aus der Türkei stammenden Menschen genährt wird, bezeichnet. Und in der Tat gibt es keinen Grund, diesen Protest gegen den Rassismus ausschließlich als historischen Protest zu begehen, sondern geht es gerade darum, den heutigen Rassismus zu bekämpfen.

Die Diskussion um das „Bülow-Papier"

Was bedeutet Sicherheitspartnerschaft?

Die Vorschläge für eine „Strategie vertrauenschaffender Sicherheitsstrukturen in Europa" — als „Bülow-Papier" — in kürzester Frist ausgesprochen bekannt geworden, stehen weiterhin im Zentrum einer verhältnismäßig heftigen Debatte um Militärstrategie und NATO-Politik. Was als Entwurf für einen Leitantrag der Kommission für Sicherheitspolitik beim Parteivorstand der SPD gedacht war, ist nun in Urform bekannt geworden. (So wurde das Papier beispielsweise in der „Frankfurter Rundschau" auf zwei vollen Seiten letzte Woche dokumentiert).

Bereits vor bekannt werden des gesamten Inhalts des Papiers war relativ deutlich geworden, daß es sich um ein mehrschichtes Problem handelt. Einmal darum, was nun genau in diesen 40 Thesen, die es umfaßt, gesagt und gefordert wird, zum anderen darum, wie es in der militärpolitischen und Friedensdebatte in der BRD wirkt.

Will man sich genauer mit den Thesen des Papiers befassen, so sollte zuerst darauf hingewiesen werden, von welchen Grundvoraussetzungen dort ausgegangen wird.

„Die Sicherheit der europäischen Völker wird seit 1945 durch die beiden Hauptsiegermächte des zweiten Weltkrieges, die USA und die Sowjetunion gewährleistet." (Alle Zitate nach FR vom 13. und 14. 9. 85).

„Die SPD dankt den Soldaten der Bundeswehr für den Dienst im Bündnis und damit auch für den Schutz der gemeinsamen demokratischen Grundlage der westlichen Völker. Dank gebührt auch den USA, die nach Kriegsende beispiellos großzügig und durchgreifend geholfen haben, Europa wieder aufzubauen."

Dies sind zwei Kernaussagen der einleitenden Grundpassagen des Papiers, die seinen Charakter ziemlich deutlich machen.

Es handelt sich keinesfalls um ein Dokument, mit dem — bei Annahme dieses Antrages auf dem kommenden Parteitag — die SPD ihre grundsätzliche Bejahung von NATO und Bundeswehr aufgeben würde. Beide, sowohl der Militärpakt als auch die bundesdeutsche Armee werden grundsätzlich ausgesprochen positiv beurteilt — der

Fortsetzung auf Seite 10

Erfreuliche Antworten?

Fortsetzung von Seite 1

zerne mit barem Geld (aus den Steuerkassen) in das Geschäft einkaufen müssen.

Der Stab, der allein in Washington lediglich an der Koordinierung der verschiedenen SDI-Aktivitäten arbeitet, umfaßt allein mehr als 100 Leute — ein gigantisches Projekt der weiteren Aufrüstung, das da zielgerichtet vorbereitet wird.

Bei dieser Ausgangslage war es auch klar, daß der umstrittene „Asat"-Test, der erfolgreiche Abschuß eines alten Satelliten in über 500 km Höhe von jedermann ausschließlich im Zusammenhang mit dem SDI-Projekt gesehen wurde und gewissermaßen als Auftakt von SDI gewertet wurde.

Dieser Test hat auch deutlich gezeigt, daß es keineswegs um eine „Ära des Friedens" geht, was da angestrebt wird. Die Fähigkeit Satelliten in solcher Höhe abzuschießen, läuft nur auf eines hinaus: Auf die Erringung der militärischen Überlegenheit „im Weltraum" (soweit man diese Schichten schon so nennen kann).

Was von den vielen (und mehr werdenden) Kritikern von SDI von Beginn an gesagt wurde (und auch in den USA) erweist sich also als zutreffend: Reagans Plan ist es, in diesem Bereich die militärische Überlegenheit der USA herzustellen, um so noch besser atomare Erpressungspolitik betreiben zu können.

Interessanterweise wurde von den Gesprächen mit der amerikanischen Seite fast gar nichts darüber gesagt, wie es denn mit dem hierzulande vor allem von CDU-Seite so stark gepriesenen zivilen Nutzungsmöglichkeiten technischer Erkenntnisse im Rahmen des SDI-Projekts aussieht.

Diese „Zusatzschiene" der Argumentation erscheint den US-Konzernen offensichtlich in ihrem Lande als weitgehend überflüssig — sie beschränken sich weitestgehend auf den eindeutigen militärischen Nutzen. Dem entsprechend wußte auc die Regierungsdelegation aus Bonn darüber bisher sehr wenig zu erzählen.

Der Besuch der Delegation, mit dessen Ergebnissen ein Teltschik sich so sehr zufrieden zeigte, beweist, daß die Bundesregierung und die bundesdeutschen Kapitalisten jede Chance nutzen wollen, sich an gesteigerter Militärproduktion gütlich zu tun. Die immensen Summen, die das kosten wird, erscheinen ihnen selbstverständlich tragbar — notfalls bedarf es eben weiterer Umverteilungen durch den Bundeshaushalt.

Die nächsten Wochen werden sicherlich die endgültige Entscheidung bringen — wie sie aussehen wird, steht wohl fest.

Internationale Automobilausstellung 85:

Ideologie als Messeware

Weniger die neuen Autos als die alte Ideologie standen im Zentrum der diesjährigen Internationalen Automobilausstellung in Frankfurt. Sowohl in den Ansprachen etwa Weizsäckers oder Bangemanns als auch in entsprechenden Kampagnen der Autokonzerne und des ADAC wurde die „freie Autowirtschaft" als Grundpfeiler des „freien Staates" gefeiert.

Für die Autokonzerne war der Schwerpunkt ihrer Darstellung die „Leistungsfähigkeit des freien Unternehmertums" — gemeint war, daß dieses Jahr alle Firmen ihren Neuerungsschwerpunkt auf dem Katalysator haben. In kürzester Frist, so verkündeten es die Konzerne oder ließen es durch bestallte Journalisten verkünden, hätten die freien Unternehmer in der Autobranche auf die Herausforderung Umweltschutz reagiert.

Sekundiert wurde diese Haltung nicht nur von Presse und entsprechenden Fernsehmagazinen, sondern auch von den Vertretern der Regierung und vom Bundespräsidenten. Während letzterer unterstrich, es müßten eben alle Opfer bringen zugunsten des Umweltschutzes, ereiferte sich Wirtschaftsminister Bangemann seinerseits über den Aufschwung der Autoindustrie, an dessen Zustandekommen er einen großen Anteil dieser Regierung zuschriebe.

Nun: Weder wußte Bangemann zu sagen, worin denn konkret seine Regierungspolitik zum „Aufschwung" beigetragen habe (außer in den üblichen Geldgeschenken ans Kapital) noch konnte Weizsäcker etwas anführen, worin denn die angesprochene Autoindustrie etwa Opfer irgendwelcher Art gebracht hatte.

Was bei all den Klängen einer ach so süßen Wirklichkeit beabsichtigt war, war nichts anderes als wieder einmal feststehende Tatsachen möglichst in Vergessenheit geraten zu lassen.

Das beginnt schon bei der Tatsache, daß noch bei der letzten IAA vor zwei Jahren die Konzerne schroff gegen die Idee des Katalysators Stellung genommen hatten. Daß sie einen Kurswechsel erst vornahmen, nachdem klar wurde, daß die Alternative generelles Tempolimit heißen würde, daß sie die Kosten für die Entwicklung von Katalysatoren auf die Verbraucher würde überwälzen können.

Das geht weiter mit der Tatsache, daß die jetzt in der EG gültige Katalysatorregelung dem Schadstoffausstoß weitaus größere Grenzen setzt als einst geplant und daß diese Verschlechterung aufgrund des massiven Drucks der Autokonzerne zustandekam.

Und das endet mit der Tatsache, daß mit dieser Propagandakampagne auch die weiterhin stattfindende Debatte um ein Tempolimit in den Hintergrund gedrängt werden soll.

Dementsprechend war der Star der Ausstellung denn auch der neue Superporsche mit seiner Fabelspitzengeschwindigkeit von 320 km/h.

Ein neues Auto, schneller als je zuvor — das soll symbolisieren, daß die bundesdeutschen Autokapitalisten an ihrem bisherigen Kurs, mächtig assistiert vom ADAC (und seinen ganzseitigen Zeitungsanzeigen „Autofahren macht auch künftig Spaß"), am Kurs des immer schneller, immer risikoreicher festhalten wollen, auch um den Preis der zahllosen Verkehrstoten, die einzig und allein überhöhtem Tempo zuzuschreiben sind (wobei darüber gestritten wird, wie hoch der Anteil dieser Toten an der alljährlichen Gesamtzahl ist, nicht aber darüber, daß dieser Anteil hoch ist).

Autos werden in Frankfurt ohnehin nicht verkauft — dafür wurde versucht, um so mehr Ideologie an den Mann zu bringen. „Freie Fahrt für freie Bürger" — dieses ebenso lebensmüde wie profitgeprägte Motto der Kampagne der Konzerne gegen jegliche Kritiker an ihrem Gebaren feierte in leicht veränderter Form, mit einem Touch Umwelt „fröhliche" Urstände in Frankfurt.

Da kann es keinen wundern, wenn das ganze sozusagen abgerundet wurde durch am Rande vorgetragene Vorstöße bezüglich einer Verkehrspolitik, die sich noch stärker dem Bau neuer Autobahnen zuwenden soll: Autos wie der Superporsche brauchen schließlich auch einen Platz, wo sie sich mit der Lichthupe Platz verschaffen können...

Flick-Ausschuß am Ende

Genug aufgewühlt?

Keine weitere Akteneinsicht — so lautet der gerichtliche Spruch zum Antrag von Grünen und SPD, dem Flick-Ausschuß die Möglichkeit zu geben, weitere Nachforschungen" über Politikerkauf anzustellen. Das Gericht kam damit der Forderung der Regierungsparteien nach.

Wochenlang hatten die Vertreter von CDU/CSU und FDP im parlamentarischen Untersuchungsausschuß entschlossen Front gegen weitere Untersuchungen gemacht, ganz so, wie es ihnen ihre Parteiräson befahl.

Jetzt hat diese Abschmetterpolitik auf der gerichtlichen Ebene einen weiteren Erfolg errungen: Es wird noch im Dezember einen Abschlußbericht dieses Ausschusses geben. Dort soll wahrscheinlicherweise ein Bild gezeichnet werden, das nahelegt, es sei alles in Ordnung.

Sowohl der Tatbestand des Politikerkaufs als auch die Unterdrückung weiterer Untersuchungen im politischen Raum. Großen Widerstand von Seiten der SPD hat dieses Vorgehen nicht zu erwarten, wie die jüngsten Ereignisse um die Friedrich-Ebert-Stiftung und Ex-Schatzmeister Wischnewski nahelegten.

Es zeigt sich erneut, daß die Verbindung zwischen den Konservativen und ihren großkapitalistischen Hintermännern und Sponsoren gerichtlichen Schutz hat. Es zeigt sich ebenso, daß alle Beteuerungen, man werde die Wahrheit ans Tageslicht bringen genauso erlogen waren, wie von Beginn an anzunehmen war.

Kein Großreinemachen um zu zeigen, wie toll diese bürgerliche Demokratie sei, hat stattgefunden, wie es einige auf der Linken befürchteten. Im Gegenteil: Bei der Wichtigkeit aller beteiligten Personen hat ein generelles unter den Teppich kehren stattgefunden, gestört allerhöchstens durch die Haltung des einen oder anderen Staatsanwaltes.

Der letzte Besenstrich dabei soll nun mit dem gerichtlich angeordneten Ende dieses parlamentarischen Untersuchungsausschusses, den Leute wie Strauß so sehr haßten, eingeleitet werden.

Impressum

Herausgeber: ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290. Verlag Roter Morgen, Tel.: (0231) 433691 und 439692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Platzmann-Druck, 4600 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehe. Dem „Roten Morgen" liegt viermal im Jahr die „Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD (A), FAU-R, KG (NHT), KPD, PA" bei.

Brauchitsch vor Gericht:

Ein Toter soll's gewesen sein . . .

Lange sprach der Angeklagte Eberhard von Brauchitsch zur Sache: Am vierten und fünften Verhandlungstag vor dem Bonner Landgericht ließ er sich ausführlich zu allen Fragen aus, die im Zusammenhang mit der Anklage gegen ihn und seine Interessenvertreter Lambsdorff und Friderichs angeführt worden waren.

Kern seiner Aussage: „Schwarze" Spenden habe es nur in den Jahren 1972 bis 1978 gegeben, vom Tode Friedrich Flicks bis zum Antritt von Brauchitschs als Chef des Konzerns. Sprich: Zur Zeit als Konrad Kaletsch den Konzern leitete, und der ist tot. Keine besonders neue Idee, erst alle Schuld abzustreiten und die mögliche Restschuld dann ausschließlich einem Toten in die Schuhe zu schieben.

Später, so dieser Zauberkünstler des Wortes, habe es keine schwarzen Spenden mehr gegeben, sondern nur noch „offizielle" und „inoffizielle", und die habe er eben, sozusagen aus Sprachgebrauch, in Anweisungen weiterhin schwarz genannt.

Außerdem habe er niemals eine politische Entscheidung gekauft. Sondern man habe gespendet und argumentiert und so Einfluß ausgeübt. Nun wird ihm niemals jemand vorgeworfen haben, er habe mit seinen ausgestreuten Millionen etwa politische Gegner umgedreht, selbstverständlich handelte es sich immer darum, befreundete Politiker auszustatten oder sich mit neuen zu „befreunden".

Über Versteuerung habe man sich keine Gedanken gemacht, da die Parteien stets versichert hätten, es sei alles legal. Was stimmen mag oder nicht — jedenfalls ist es kein Grund, seine Hände in Unschuld zu waschen.

Seine Beschreibung der Wege, die Flick eingeschlagen hatte, um „seinen Einfluß" geltend zu machen, mag durchaus realistisch erscheinen: Je mehr zuvor gespendet wurde, desto aufmerksmer wurde den Argumenten gelauscht. Da ist es eben Schuld der Arbeitslosen, wenn sie beispielsweise einfach zu wenig spenden, im Vergleich zu den kapitalistischen Großkonzernen. Denn auch dies unterstrich von Brauchitsch, ganz getreu dem sonst so verhaßten „Spiegel": Daß die Praktiken des Flick-Konzerns sich nicht wesentlich von denen anderer Großkonzerne unterschieden hätten.

Erziehungsgelddebatte im Bundestag

SPD und Grüne gegen Geißler

Kurz vor seinem Abschied vom Familienministerium brachte Heiner Geißler in der letzten Woche sein Lieblingskind, den Gesetzentwurf über ein Erziehungsgeld und einen Erziehungsurlaub im Bundestag in die erste Lesung ein. Danach soll der Mutterschaftsurlaub, den es bisher für berufstätige Frauen gab, abgelöst werden durch einen Erziehungsurlaub von zunächst 10 Monaten, der von der Mutter oder vom Vater genommen werden kann. Im Unterschied zum bisherigen Mutterschaftsurlaub soll während des Elternurlaubs Teilzeitarbeit möglich sein. Das Erziehungsgeld wird an alle gezahlt, die Anspruch auf Erziehungsurlaub haben und — Hauptanliegen der CDU/CSU — auch an junge Mütter, die nicht berufstätig sind. Es beträgt in den ersten sechs Monaten 600 Mark für alle und ist danach abhängig vom Familieneinkommen.

SPD und Grüne kritisierten den Gesetzentwurf in der Bundestagsdebatte vor allem in zwei Punkten: 1. weil es die Arbeitsplatzgarantie, die es beim Mutterschaftsurlaub gab, beim Erziehungsgeld nicht gibt. Es gibt nur einen Kündigungsschutz und auch der hat noch Löcher. 2. weil 600 Mark Erziehungsgeld für berufstätige Frauen immer noch 150 Mark unter dem ursprünglichen Mutterschaftsgeld von 750 Mark liegt und damit viel zu niedrig ist — vor allem für alleinstehende Mütter. Dieses niedrige Erziehungsgeld wird außerdem auch dazu beitragen, daß junge Väter mit dem schlichten Hinweis auf das Familieneinkommen ihre Position als „Ernährer" verteidigen und den Erziehungsurlaub eben nicht in Anspruch nehmen werden.

Die SPD hatte alternativ einen Gesetzentwurf vorgelegt, der versucht, den herkömmlichen Mutterschaftsurlaub mit Geißlers Erziehungsurlaubsmodell zu kombinieren. Die Grünen treten dagegen für eine Regelung ein, die sich von den anderen vor allem durch zweierlei unterscheidet: 1. durch die Forderung nach vollem Lohnausgleich und 2. durch die Aufteilung des Elternurlaubs auf Väter und Mütter, was zur Folge hat, daß Väter ihren Teil des Elternurlaubs nehmen müssen, wenn er nicht verfallen soll.

Bericht vom Kongreß der RGO am 14./15. September 1985

Jeweils über 90 Teilnehmerinnen und Teilnehmer hatten die beiden Tage, an denen in diesem Jahr der RGO-Kongrß stattfand. Neben vielen Mitgliedern der RGO waren eine ganze Reihe interessierter Kolleginnen und Kollegen, sowie Vertreterinnen und Vertreter anderer klassenkämpferischer Organisationen anwesend. Zu letzteren zählten KPD, GIM, BWK, Gruppe Arbeiterpolitik und der KB. Sie beteiligten sich sowohl an den Plenumsdiskussionen wie insbesondere an den Debatten in den sechs Arbeitsgruppen, die ab Samstag mittag bis Sonntag vormittag tagten.

In der Diskussion über den Tätigkeitsbericht/Finanzbericht des alten Koordinationsausschusses wurden schwerpunktmäßig zwei Fragen behandelt. Zum einen die Frage der Zeitung, ihrer inhaltlichen Gestaltung und Schwerpunktsetzung, zum anderen die Frage, wie sich die Zusammenarbeit mit anderen klassenkämpferischen Kräften seit dem letzten Kongreß entwickelt hat, welche Fortschritte es in der Zusammenarbeit im Hinblick auf eine „Arbeitsgemeinschaft klassenkämpferischer Gewerkschafterinnen/Gewerkschafter" gegeben hat.

Dabei wurde in beiden Bereichen deutlich, daß es für die Arbeit der RGO darauf ankommt, nicht nur die Zielsetzung zu haben den „linken Funktionärskörper" zusammenzuschließen, sondern die Arbeit so anzulegen, daß auch für aktive, klassenkämpferische Kolleginnen und Kollegen eine Mitarbeit bzw. ein Abo der Zeitung was bringt.

Bezogen auf die Zeitung wurde als allgemeine Aussage festgehalten, daß sich das veränderte Konzept vom Grundsatz her bewährt hat, daß man/frau mit der Zeitung mehr als früher anfangen kann, daß es so weitergehen muß.

Als ein Schwachpunkt wurde angemerkt, daß — so wie es einzige Diskussionsteilnehmer ausdrückten — „Erfahrungsberichte" mehr in die Zeitung hineingehörten. Weniger in dem Sinne, über die Aktion x oder y einfach nur zu berichten, als in dem Sinne der Darstellung und Entwicklung klassenkämpferischer Positionen in bestimmten Auseinandersetzungen mit dem Kapital, Darstellung der Möglichkeiten und Schritte der Mobilisierung der Kolleginnen und Kollegen, des Funktionärskörpers der Gewerkschaften in diesen Auseinandersetzungen. Darüber mehr als bisher auch eine lebendige Debatte in der Zeitung zu führen.

Bezüglich der Zusammenarbeit mit anderen klassenkämpferischen Kräften sind zwei Punkte von besonderer Wichtigkeit.

Einmal hat es eine ganze Reihe von Konferenzen und Treffen gemeinsam mit anderen gegeben, auf denen — in erster Linie auf Branchenebene — konkret zusammengearbeitet wurde — z.B. Stahl, Werften, im Bereich der ÖTV, im Rahmen des Infos 35.

Darüber hinaus hat es Gespräche mit der GIM und der Gruppe Arbeiterpolitik gegeben, über die Frage der Bildung einer Arbeitsgemeinschaft klassenkämpferischer Gewerkschafter.

Ergebnis war, daß es zumindest kurzfristig keine organisatorischen Schritte zur Bildung einer solchen Arbeitsgemeinschaft gegeben hat, daß es offensichtlich richtig ist, und auch notwendig, über eine breite Debatte über die Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung angesichts Krise, Wenderegierung und den verschiedensten Angriffen des Kapitals, genauer zu bestimmen, welche Position klassenkämpferische Kräfte in diesen inhaltlichen Fragen einnehmen müssen, wofür sie eintreten müssen, um auf einer solchen Basis auch konkrete organisatorische Fortschritte im Zusammenschluß und Zusammenwirken dieser Kräfte zu erreichen.

Angesichts der erfolgreichen Umstellung von großen Teilen der Zeitungsabonnements auf Einzugsverfahren, damit Sicherstellung der Finanzierung sowohl der Zeitung wie auch der sonstigen Arbeit des Koordinationsausschusses der RGO wurde der alte Koordinationsausschuß einstimmig in Finanzfragen entlastet.

Zur Einleitung der Arbeitsgruppenarbeit ab Samstag mittag wurde in einem Referat die derzeitige ökonomische Lage vor dem nächsten Kriseneinbruch, die Forderungen der Kapitalisten und die Lage der Gewerkschaftsbewegung nach den Dreiergesprächen kurz angerissen. Dabei wurde deutlich, warum sich der Koordinationsausschuß entschlossen hatte, die weitere Debatte in den folgenden sechs Arbeitsgruppen auf dem Kongreß zu führen:

Arbeitsgruppe 1 Frauen, 2 Arbeitslose, 3 Arbeitszeitverkürzung, 4 Lohn- und Gehaltsfragen, 5 Soziale Sicherungssysteme, 6 Neue Technologien.

Eine Weiterentwicklung bzw. überhaupt erst Entwicklung klassenkämpferischer Positionen in diesen Bereichen ist angesichts der vorhersehbaren Entwicklung dringend notwendig, so wie sie andererseits dazu beiträgt, die Vertretung gemeinsamer Positionen voranzubringen, und ein gemeinsames Eingreifen in den Klassenkampf zu fördern.

Es ist an dieser Stelle sicher nicht möglich, alle wichtigen Punkte aus den Diskussionen in den Arbeitsgruppen und über die Berichte dazu auf dem Plenum zu schreiben — deshalb sei hierzu auf die nächste Nummer der RGO-Nachrichten verwiesen.

Aus den ersten drei bzw. vier Arbeitsgruppen seien aber einige wichtige Hinweise, so wie sie am Sonntag im Plenum des Kongresses gegeben wurden, gegeben:

Arbeitsgruppe 1: Die an einigen Stellen schon erfolgreichen Initiativen, Verwaltungen, Betriebe usw. aufzufordern, eine eindeutige Erklärung darüber abzugeben, daß das „Beschäftigungsförderungsgesetz" nicht angewandt wird, sollten breiter aufgegriffen werden. Diese Initiativen hatten z.T. Personalräte, Betriebsräte und Ratsfraktionen von SPD und Grünen ergriffen. Das Eintreten für Quotierungen für Frauen (50%) bei allen Gewerkschaftlichen durch Satzungsänderungen, beginnend von oben nach unten — also Gewerkschaftstag, Hauptvorstände, sollte unterstützt und vorangetrieben werden, ebenso wie die Schaffung eines Antragsrechts der Frauenausschüsse an den jeweiligen Gewerkschaftstag. Bezüglich der Situation der Frauen in der RGO legte die Arbeitsgruppe einen Antrag auf 50 Prozent Quotierung für den Koordinationsausschuß vor, der in der nachmittäglichen Antragsdebatte auch mit überwältigender Mehrheit — bei 2 Enthaltungen und 2 Gegenstimmen angenommen wurde.

Arbeitsgruppe 2: Hier entfaltete sich eine Debatte über die Forderung nach Existenzgeld und Mindestlohn. Beide Punkte wurden als Perspektivforderungen diskutiert. Unterstützenswert hielt die AG die Forderung nach einem qualifizierten Arbeitsplatz für jeden/jede. Nicht ausdiskutiert werden konnten die Probleme der Organisierung von Arbeitslosen.

Arbeitsgruppe 3: Hier wurde ausgehend von einer Auswertung der Umsetzung der Tarifabschlüsse 1984 zum einen über die Flexibilisierungsstrategie der Unternehmer — tariflich und gesetzlich — debattiert. Zum anderen über die Perspektiven anläßlich der Lohnrunde 86/Arbeitszeitverkürzung 86. Hier, wie auch in der Arbeitsgruppe 4, war unstrittig, daß es im Frühjahr 1986 unbedingt zu einer Reallohnerhöhung kommen muß. Dazu gehört auch eine besondere Anhebung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen und die Erreichung gemeinsamer Entgeldverträge mit den Auszubildenden. Deutlich war in der Debatte, daß dies nicht ohne Schritte zur Mobilisierung auf Kampf und tatsächlichen Kampf zu erreichen sein wird.

Zumindest mehrheitlich war die Auffassung ebenfalls eindeutig, daß es eine aktuelle Aufgabe der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung ist, eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit, die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich —, schnellstens durchzusetzen. Dazu wurde von allen eine entsprechende Kampagne, wie vor der letzten Arbeitszeitrunde, für sinnvoll und notwendig erachtet. Eine Festlegung auf den Kündigungstermin 30.9.1986 wurde kontrovers diskutiert.

Für wichtig wurde erachtet, auf die Beschlußfassung des IGM-Vorstandes am 15./16. Januar 1986 über diese Fragen durch Resolutionen von Belegschaften, Vertrauensleutekörpern und anderen Funktionärsversammlungen Einfluß zu nehmen. Hilfreich ist in diesem Zusammenhang sicher auch die vom Info 35 für den 9./10. November in Nürnberg geplante große Info-Konferenz. Dazu wird es, gemeinsam mit einem Flugblatt für die Herbstaktionen des DGB, in den nächsten Tagen die Einladung geben. Geplant sind vier Arbeitsgruppen auf dieser Info-Konferenz:

- Arbeitszeitverkürzung;
- Lohn- und Gehaltsfragen;
- IGM-Gewerkschaftstag 1986;
- Ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse, Teilzeit usw.

Für den Kongreß wäre es sicher noch fruchtbarer gewesen, wenn eine stärkere Zuspitzung auf die Frage der Tarifrunde in 86 durchgeführt worden wäre, um klarere Ergebnisse in der Debatte erzielen zu können.

Insgesamt ist aber über die Arbeitsgruppen zu sagen:

1. Es hat sich bewährt, vor dem Kongreß mit der Einrichtung und Arbeit dieser AGs zu beginnen.
2. Die Arbeit auf dem Kongreß selbst hat sich so ebenfalls bewährt.
3. Praktisch alle AGs haben beschlossen, auch nach dem Kongreß ihre Arbeit weiterzuführen.

In der Antragsdebatte, die der Kongreß ab Sonntag mittag führte, lagen vier Anträge vor. Über einen ist bereits oben berichtet worden — die beschlossene 50-Prozent-Quotierung für Frauen im Koordinationsausschuß.

Ein zweiter Antrag beschäftigt sich damit, die RGO aufzufordern, sich mehr und intensiv mit den Problemen der Jugend zu beschäftigen — wurde einstimmig angenommen.

Der dritte Antrag beinhaltete die Aufforderung an den Koordinationsausschuß, verstärkt anderen klassenkämpferischen Kräften eine Mitarbeit an seiner Arbeit (Konferenzen, Zeitung usw.) anzubieten. Er wurde gegen zwei Stimmen angenommen.

Der vierte Antrag — zur Frage Arbeitszeitverkürzung/Lohn — wurde nicht mehr ausdiskutiert, weil es zeitlich zu knapp dazu war. Inhaltlich einhellig wurde zu diesen Fragen festgehalten, was schon oben aus den AGs dazu berichtet wurde.

Bei der anschließenden Wahl des neuen Ausschusses wurden fünf Kolleginnen und fünf Kollegen in den Ausschuß gewählt, denen wir auch von dieser Stelle viel Erfolg für seine zukünftige Arbeit wünschen.

Bezüglich der Herbstaktivitäten des DGB und des Eingreifens klassenkämpferischer Kräfte wird der Ausschuß in den nächsten Tagen einiges Material versenden — einmal mit den Vorschlägen dazu aus den AGs, zum anderen mit Material zu den „Dreiergesprächen". Einhellige Meinung in den Debatten des Kongresses war es, daß die klassenkämpferischen Kräfte eintreten müssen für eine Stopp dieser Neuauflage der „konzertierten Aktion", daß es gilt, entschieden gegen diese Art „gesamtgesellschaftlicher Verabredungen" (Rappe) aufzutreten, wie sie sich z.B. in der Bildung gemeinsamer Arbeitsgruppen darstellt.

Hartmut Siemon

RGO-Nachrichten Postfach 41 03 32 46 Dortmund 41

Bestellung eines Jahresabonnements der RGO-Nachrichten/Einzugsermächtigung

Ich möchte ab .... 19.... die 2monatlich erscheinenden RGO-Nachrichten abonnieren.

Name

Vorname

Straße/Haus-Nr.

Wohnort

Ich bestelle:
- das Normalabonnement zum Preis von 10,— DM im Jahr
- das Förderabonnement zum Preis von 20,— DM im Jahr
- das Mitgliedsabonnement zum Preis von 30,— DM im Jahr

Die Abonnementsgebühren sind jährlich im voraus zu bezahlen.
Ich zahle durch:

☐ Einziehungsauftrag ☐ Dauerauftrag ☐ Barzahlung/Einzelüberweisung

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition, Dortmund, meine Abonnementsgebühren bis zu meinem schriftlichen Widerruf jeweils bei Fälligkeit zu Lasten meines unten angegebenen Kontos einzuziehen:

Bank-/Giro-/Postscheck-Konto-Nr. Bankleitzahl

Geldinstitut

Kontoinhaber

Der Lastschrift auf meinem Konto kann ich innerhalb von sechs Wochen nach Ausführung bei meinem Geldinstitut widersprechen und die Rücküberweisung auf mein Konto veranlassen.

Ort/Datum Unterschrift

Wer hat Interesse?

Geplant ist voraussichtlich für den November eine Konferenz von Genossinnen und Genossen, die im Krankenhausbereich arbeiten. Die Konferenz soll gemeinsam mit anderen revolutionär-sozialistischen Organisationen (sicher gemeinsam mit dem BWK) durchgeführt werden.

Wer Interesse hat, sollte dies die Betriebs- und Gewerkschaftsabteilung beim ZK der KPD wissen lassen.

„. . . unmenschliche Folgen"

Siemens-Belegschaft schreibt Protestbrief an Blüm

Im Zentrum der Diskussion der letzten Belegschaftsversammlung im Wittener Siemens-Werk stand die Frage der befristeten Einstellungen und damit die Auswirkungen des sogenannten Beschäftigungsförderungsgesetzes. 271 Kolleginnen und Kollegen sind bei Siemens/Witten in diesem Jahr bereits befristet eingestellt worden. Nach den Plänen der Geschäftsleitung sollen in den nächsten Wochen rund 150 Kolleginnen und Kollegen nach Ablauf des Zeitvertrages nicht übernommen werden.

Diese Politik des Heuern und Feuerns stößt in der Belegschaft auf breiten Protest. Der Betriebsrat hat Überstunden und 15 unbefristete Einstellungen mit der Forderung abgelehnt, daß zuerst die befristet eingestellten Kolleginnen und Kollegen übernommen werden müßten.

Die konkreten Erfahrungen im Werk haben in der Belegschaft aber auch das Bewußtsein für die Bedeutung des Beschäftigungsförderungsgesetzes erhöht. Der Vertrauenskörper hat sich in einem offenen Brief an Bundesarbeitsminister Blüm gewandt mit der Forderung nach Rücknahme des Beschäftigungsförderungsgesetzes. Dieser Brief wurde von ca. 220 Kolleginnen und Kollegen unterschrieben. In dem Brief heißt es:

Sehr geehrter Herr Minister,

der Vertrauenskörper der Siemens AG Witten protestiert hiermit gegen das neue Beschäftigungsförderungsgesetz. Dieses Gesetz fördert unserer Meinung nach nicht die Beschäftigung sondern sorgt dafür, daß die Arbeitslosen ihre Haut unter noch schlechteren Bedingungen zu Markte tragen müssen. Unter anderem werden Leiharbeit und befristete Einstellungen ausgedehnt. Heuern und Feuern wird zur Regel. Das hat negative Auswirkungen auf alle Arbeitnehmer. Davon können wir aus eigener Erfahrung berichten, denn bei uns wurden bisher in diesem Jahr schon über 200 Kolleginnen und Kollegen befristet eingestellt.

Bezüglich der befristeten Einstellungen hat das Gesetz folgende Auswirkungen:

1. Die Firmen stellen Neue nur noch befristet ein, auch wenn sie sie länger brauchen würden. Für viele Arbeitslose besteht das Arbeitsleben in einem Wechsel von Arbeitslosigkeit und befristeter Arbeit. Es ist unmenschlich, daß die Chance einen festen Arbeitsvertrag zu bekommen, immer geringer wird.

2. Die Belegschaft wird gespalten in einen sogenannte Stammbelegschaft und eine sogenannte Randbelegschaft, wobei die Randbelegschaft rechtlich schlechter gestellt ist als die Stammbelegschaft (Kündigungsschutz, Schwangerschaft usw.).

3. Unter dem Druck der Befristung wird aus dem Arbeitnehmer das Letzte herausgeholt. Der Leistungsdruck ist enorm.

4. Diese enorme Leistung wird als Maßstab für die sogenannte Stammbelegschaft gesetzt. Somit wird möglich, daß eine ständig wechselnde Randbelegschaft als Konkurrenz zur Stammbelegschaft eingesetzt wird und die gesamte Belegschaft einer gesundheitsschädigenden Arbeitshetze ausgesetzt wird.

5. Der befristete Arbeitsvertrag wird dazu genutzt, um eine olympiareife Mannschaft auszusieben. Nach einer Befristung übernimmt man nur die Jüngsten, Schnellsten, Gesündesten, Cleversten usw. Alle anderen bleiben auf der Strecke.

Herr Minister,

wir hoffen, Ihnen aus unserer Erfahrung klargemacht zu haben, daß das neue Beschäftigungsförderungsgesetz unmenschliche Folgen hat. Deshalb fordern wir Sie auf, dafür zu sorgen, daß dieses Gesetz wieder fällt.

Hochachtungsvoll
Für den Vertrauenskörper der IG Metall/Siemens/Witten

Metallhandwerk NRW
Dürftiger Abschluß



Im Metallhandwerk NRW kam es jetzt in Sachen Arbeitszeit und Lohn zu einem Abschluß, vorbehaltlich der Erklärungsfrist bis zum 20. September. Ab 1. Januar 1987 soll für 120000 Beschäftigte in 14000 Betrieben die 38,5-Stunden-Woche gelten. Für dieses Jahr sollen Löhne und Gehälter um 3,2 Prozent und 1986 um 2 Prozent erhöht werden. Auch wenn man die schwierigen Kampfbedingungen im Handwerk in Rechnung stellt, muß dieser Abschluß als reichlich unbefriedigend gewertet werden. Das späte Inkrafttreten der Wochenarbeitszeitverkürzung wurde auch noch mit erheblichen Abstrichen beim Lohn erkauft. Das im Handwerk zugegeben beschränkte Mobilisierungspotential der IG Metall wurde mit den wenigen Streikaktionen bei weitem nicht ausgeschöpft.

Mannesmann-Demag
310 sollen entlassen werden

310 Kolleginnen und Kollegen sollen nach dem Willen der Konzernleitung von Mannesmann-Demag in Mannheim und Offenbach gefeuert werden. Der Standort Mannheim soll völlig ausradiert werden. In Offenbach sind 45 Entlassungen geplant.

„Nun sind wir wieder gezwungen, Widerstand zu leisten. Diesmal haben die ‚Weiße-Kragen-Täter' zum vernichtenden Schlag ausgeholt. 310 Menschen sollen in Arbeitslosigkeit, viele Familien ins Unglück getrieben werden.", heißt es in einem Flugblatt der IGM/Mannheim.

Die Mannheimer und Offenbacher Vertrauensleute fordern:

- schnellste Vollinformation der Belegschaft;
- Zurücknahme der Entscheidung, den Standort Mannheim zu schließen;
- Zurücknahme der geplanten 45 Entlassungen in Offenbach u.a.

Der Mannesmann-Konzern hat die Demag 1972 gekauft. Das geschah im Rahmen einer gezielten Strategie zur Umstrukturierung des Konzerns. Der einstige Stahlkonzern bestreitet heute ca. 40 Prozent seines Umsatzes im Maschinen- und Anlagebau, rund 12 Prozent im Elektronikbereich, aber nur noch rund ein Drittel im Stahlröhrengeschäft. Die gesamte Umstrukturierung ging mit erheblichen Rationalisierungen einher, von der die Demag in besonderer Weise betroffen war. Ex-Mannesmannchef Weisweiler sah Mannesmann im Juli „technologisch in der Spitzengruppe der Welt." Auf dem Weg von Mannesmann zur Weltspitze sollen nun weitere 310 Kolleginnen und Kollegen auf der Strecke bleiben.

Nur Minuten

Nur wenige Minuten war Stefan Wichmann aus Bremen Auszubildender bei der Firma Krupp Atlas Elektronik. Denn als er am 2.9.85 seine Ausbildung dort beginnen wollte, wurde ihm gleich nach Betreten des Betriebs ein Schreiben mit seiner fristlosen Kündigung überreicht.

Warum Stefan so Hals über Kopf entlassen wurde, kann man nur vermuten, weil die Firma keine Gründe dafür angegeben hat und rechtlich dazu auch nicht verpflichtet ist. Aber die IGM-Jugend, der DGB und andere, die sich mit Stefan solidarisch erklärt haben, sind sich ziemlich sicher, daß es für diese fristlose Entlassung eigentlich nur einen Grund geben kann: Stefan ist gefeuert worden, weil er an einem Lehrstellenmarsch im letzten Jahr teilnahm und für die Gewerkschaftskampagne „Wer nicht ausbildet, soll zahlen" aktiv wurde.

Stefan ist aus Protest gegen seine fristlose Kündigung vor der Firma in einen Sitzstreik getreten. Er braucht Solidarität. Seine Adresse: Stefan Wichmann, Auf dem Beginenlande 45, 2800 Bremen 61.

Kundgebungen und Aktionstage

Ort	Datum	Redner
Stuttgart	19. 10.	Lothar Zimmermann
München	19. 10.	Monika Wulf-Mathies
Nürnberg	19. 10.	Franz Steinkühler
Berlin	14. 10.	Berliner Referenten
Frankfurt	19. 10.	Hans Janßen
Kassel	19. 10.	Ernst Breit
Hannover	19. 10.	Aktionstag
Braunschweig	19. 10.	Aktionstag/ Horst Klaus
Northeim	19. 10.	Aktionstag/ Fritz Riege, Günter Volkmar
Osnabrück	18. 10.	Angestelltentag/ Ernst Breit
Leer	19. 10.	Detlef Hensche
Bremen	19. 10.	Aktionstag/ Kurt van Haaren
Hamburg	19. 10.	Ilse Brusis
Dortmund	19. 10.	Hans Mayr
Mainz	5. 10.	Lothar Zimmermann
Ludwigshafen	14. 10.	Werner Vitt
Saarbrücken	19. 10.	Karl-Heinz Janzen

MELDUNGEN

VW-Kollegen gegen Mehrarbeit

Ca. 100 Kolleginnen und Kollegen der Halle 2 des Wolfsburger VW-Werkes kehrten am Freitag, dem 13. September, nach der Pause nicht an ihren Arbeitsplatz zurück. Sie forderten vom zuständigen Hauptabteilungsleiter Auskunft über anstehende Sonderschichten, Springeregelungen und Zeitverträge. Am Tag zuvor hatten ca. 500 Kolleginnen und Kollegen der Halle 54 eine ähnliche Aktion durchgeführt. Vor allem ging es darum, die Kolleginnen und Kollegen nicht mehr bereit sind, am Samstag zu arbeiten.

35 Stunden für Papierverarbeitung

Die IG Druck & Papier hat für die rund 100000 Beschäftigten der Papier-, Pappe- und kunststoffverarbeitenden Industrie die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich gefordert. Darüber hinaus werden weitere Forderungen zum Manteltarifvertrag aufgestellt: größere Rationalisierungsschutz, 30tägiger Urlaub auch für Jugendliche unter 17 Jahren, Überstunden begrenzung, Freizeitausgleich für Überstunden u.a.

5,5 Prozent für Papiererzeugung gefordert

Die IG Chemie, Papier, Keramik hat für die Beschäftigten der hessischen Papiererzeugung folgende Forderungen beschlossen: Erhöhung der Löhne und Gehälter und Ausbildungsvergütungen um 5,5 Prozent sowie die Aufstockung der sogenannten vermögenswirksamen Leistungen von 624 auf 936 DM. Die Laufzeit des Tarifvertrages soll auf 12 Monate begrenzt werden.

Bundesdruckerei: Erfolg nach Warnstreik

Erst nach einem einstündigen Warnstreik von 300 Angestellten der Bundesdruckerei in Westberlin konnte erreicht werden, daß das Tarifergebnis für die Angestellten des öffentlichen Dienstes ohne Zusatzbedingungen für die Bundesdruckereien in Westberlin, Bonn und Neuisenburg übernommen wurde. Bisher hatte der Bundespostminister die Übernahme der tariflichen Einkommenserhöhung und der Arbeitszeitverkürzung an die Bedingung geknüpft, die Zusatzversorgung der Angestellten zu verschlechtern.

Über 110000 DM Solidaritätsspenden

Wie im „Roten Morgen" berichtet, sind 89 Beschäftigte der Rheinischen Post wegen eines Sympathiestreiks zur Zahlung eines „Schadensersatzes" von 146783 DM verurteilt worden. Mit dem Streik hatte sich die Belegschaft 1983 erfolgreich gegen die Entlassung ihres Betriebsratsvorsitzenden gewehrt. Bis Ende August waren auf das Solidaritätskonto über 100000 DM an Spenden eingegangen. Weitere Spenden werden benötigt: Kto-Nr. 1029604600 bei BfG Düsseldorf, BLZ 30010111, Stichwort: Solidarität mit den Kollegen der Rheinischen Post.

Diese Regierung muß weg!

Wir drucken im folgenden den letzten Teil einer dreiteiligen Artikelserie anläßlich der bevorstehenden Aktionswoche des DGB ab. Im ersten Teil behandelten wir Fragen zum Thema Sozialabbau und Arbeitslosigkeit, in der letzten Nummer beschäftigten wir uns mit Plänen der Unternehmerverbände und der Bonner Koalition zur Schwächung der Gewerkschaften. In dieser Nummer diskutieren wir die Perspektiven der Gewerkschaften angesichts der krisenhaften kapitalistischen Entwicklung und der konservativen Regierungspolitik.

Nach dem Dreiergipfel zwischen Vertretern der Bundesregierung, des DGB und der Unternehmerverbände sprachen Regierung und Unternehmervertreter sich einhellig für eine Fortsetzung der Gespräche aus. Die Reaktionen auf Gewerkschaftsseite dagegen waren widersprüchlich.

Hermann Rappe, der Vorsitzende der IG Chemie und rechte Flügelmann der SPD, hielt weitere Treffen für sinnvoll: „Vernünftige Partner müssen von Zeit zu Zeit miteinander reden."

Der DGB-Vorsitzende Ernst Breit meinte zwar, wegen der Beschäftigungspolitik habe sich das Treffen nicht gelohnt, ließ aber durchaus unklar, wie es zur Frage einer Fortsetzung der Dreiergespräche steht.

Die ÖTV-Vorsitzende Monika Wulf-Mathies erklärte, sie sehe im Augenblick keinen Anhaltspunkt für die Fortsetzung der Dreiergespräche.

Erwin Ferlemann, Vorsitzender der IG Druck & Papier, hatte schon vor dem Dreiergespräch seine Überzeugung, daß bei Gesprächen dieser Art nichts herauskommen werde, zum Ausdruck gebracht.

Die Falle der Dreiergespräche

Nach den letzten Wahlniederlagen ist der Regierung Kohl offenkundig daran gelegen, das Verhältnis zu den Gewerkschaften atmosphärisch etwas freundlicher zu gestalten. Daraus zu schließen, dieses von Anfang an vom Bundesverband der Deutschen Industrie gesponsorte Kabinett hätte seine Haltung zu den Gewerkschaften bzw. zu den dringendsten Forderungen der Arbeiterbewegung tatsächlich geändert bzw. würde eine solche Änderung auch nur ernsthaft in Betracht ziehen, wäre — um es mit Kanzler Kohl zu sagen — in der Tat „absurd, töricht und dumm".

Wenige Tage vor dem Dreiergipfel nutzte Kohl die Gelegenheit einer CDU-Veranstaltung in Bochum, um sich für die Zukunft in der Rolle des „Gewerkschaftsbändigers" anzusagen: „Von meinem Kurs lasse ich mich auch nicht durch die Drohungen von Großorganisationen abhalten."

Kohls Kurs war von Anfang an, alle Lasten der Krise auf die Arbeiterklasse abzuwälzen, damit die Kapitalprofite steigen. Die Gewinne der Kapitalisten sind inzwischen wieder Weltspitze — sehr im Gegensatz zu den Löhnen und Gehältern, den Renten, den Sozialeinkommen. Außer den Gewinnen bewegen sich nur die Arbeitslosenzahlen auf Rekordniveau.

Hier genau liegt der Hase im Pfeffer. In der Frage der Arbeitslosigkeit ist die Rechnung der Wendestrategen seit ihrem Wahlsieg im Frühjahr 1983 nicht aufgegangen. Nicht zuletzt infolge des langen Arbeitskampfes für die 35-Stunden-Woche hat sich die öffentliche Diskussion um die Frage der Arbeitslosigkeit für die Gewerkschaften und die Gegner der Wende eher günstig entwickelt. Die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung sieht in der Arbeitslosigkeit das gravierendste Problem und kritisiert die Haltung der Bonner Regierung in dieser Frage.

Entsprechende Umfragen zeigen, daß die große Mehrheit der Bevölkerung heute nicht glaubt, daß die Bonner Koalition und die Unternehmer ernsthaft daran interessiert sind, etwas für den Abbau der Arbeitslosigkeit zu tun. In den Augen der Mehrheit sind heute nur die Gewerkschaften ernsthaft an der Beseitigung der Arbeitslosigkeit interessiert.

Im Vergleich zur Bundestagswahl 1983, wo nicht nur die Mehrheit der Wähler, sondern eben auch viele Arbeiter und Angestellte der Propaganda, daß der Aufschwung zu wählen sei, um Arbeitsplätze zu schaffen, Glauben geschenkt haben, ist das eine bedeutende Veränderung. Erinnert sei auch daran, auf welche Schwierigkeiten noch 1984 die Mobilisierungskampagne der IG Metall für die 35-Stunden-Woche zum Teil in den Belegschaften stieß, weil die Befürchtunen doch relativ groß waren, an der Unternehmerpropaganda, die 35-Stunden-Woche schafft Arbeitsplätze — in Japan, könne etwas dran sein.

Jetzt hat sich die Frage der Arbeitslosigkeit zum Hauptgrund dafür entwickelt, daß der Wendemotor ins Stottern gekommen ist. In dieser Frage sehen Regierung und Unternehmerlager sich nun in der Gefahr der Isolation.

Wenn Kohl und Konsorten jetzt das Gespräch mit den Gewerkschaften suchen, gleichzeitig aber erklären, sie würden sich durch die Gewerkschaften „nicht vom Kurs abhalten" lassen, deutet das nicht auf eine tatsächlich geänderte Haltung hin, sondern auf ein politisches Manöver, durch das Koalition von Kapital und Kabinett den schwarzen Peter in Sachen Massenarbeitslosigkeit loswerden will.

Der DGB soll in die Mitverantwortung genommen werden. In der Öffentlichkeit soll der Eindruck erweckt werden, die Gewerkschaften würden im Kanzler-Bungalow über die richtige Politik zum Abbau der Arbeitslosigkeit mitdiskutieren — also könne für die hohe Arbeitslosigkeit nicht einfach die Regierung verantwortlich gemacht werden. Dazu paßt, daß Kohl und Blüm immer häufiger erklären, Beschäftigungspolitik sei keine staatliche Veranstaltung, sondern auch eine Sache der Tarifparteien.

Die Gewerkschaften, die in dem ganzen Gipfelgesprächs-Zirkus in Wirklichkeit nichts zu melden haben, werden schließlich als Teil des Machtkartells erscheinen, das über die Massenarbeitslosigkeit zur Tagesordnung übergeht, als Teil der Verschwörung gegen die Arbeitslosen. So laufen die Gewerkschaften Gefahr, ihre mit dem Kampf für die Wochenarbeitszeitverkürzung gewonnene Glaubwürdigkeit zu verlieren und damit auch ihre Fähigkeit zur offensiven Mobilisierung gegen Regierung und Kapital in dieser Frage.

Solidarische Kampforganisation oder Besitzstands-Lobby?

Sollen die Gewerkschaften sich verstehen als einheitliche und solidarische Organisation der Arbeiterklasse, die vor allem für die gemeinsamen Klasseninteressen der Arbeiter und Angestellten eintritt, was auch bedeutet, die Interessen der Arbeitslosen und der am meisten von Arbeitslosigkeit bedrohten (befristet Beschäftigte, wenig qualifizierte, Frauen, ausländische Kolleginnen und Kollegen u.a.) zu zentralen Fragen des gewerkschaftlichen Kampfes zu machen?

Oder sollten die Gewerkschaften sich darauf beschränken, den sozialen Besitzstand der sogenannten Stammbelegschaften zu verteidigen, also sich als Lobby der qualifizierten, relativ am besten gestellten Teile der Arbeiter- und Angestelltenschaft verstehen?

Die Frage stellt sich heute so scharf, weil die Realität der kapitalistischen Entwicklung inzwischen deutlich gemacht hat, daß die Politik der sozialpartnerschaftlichen Zusammenarbeit mit den Unternehmern, wie sie von den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführungen in den Zeiten kontinuierlich hohen Wirtschaftswachstums und Vollbeschäftigung betrieben wurde, sich nun, da der Kapitalismus zur Normalität der Krise zurückgekehrt ist, nicht einfach fortsetzen läßt.

Diese Politik beruhte eben auf der klassischen sozialdemokratischen Illusion, Kapitalismus und Arbeiterinteressen seien auf Dauer vereinbar, der Kapitalismus könne krisenfrei gestaltet werden, auch unter kapitalistischen Bedingungen seien sozialer Fortschritt und Existenzsicherheit für die Arbeiter und Angestellten verwirklichbar.

Die Gewerkschaften stehen heute vor den Scherben dieser sozialpartnerschaftlichen Konzeption, die früher so bequem erschien. Millionen Arbeitssuchende stehen vor den Werkstoren. Für die Kapitalisten stellt sich das so dar: Wir haben einen aus unserer Sicht hohen Preis für die Ware Arbeitskraft gezahlt, als sie knapp war. Jetzt ist die Ware Arbeitskraft im Überangebot vorhanden, also geht es jetzt darum, ihren Preis zu drücken.

Allerdings: während für die Masse der Kolleginnen und Kollegen durch die Einführung moderner Technologien in den Produktionsprozeß die Arbeit noch monotoner und ihre Arbeitskraft weiter dequalifiziert wird, wird andererseits ein kleinerer Teil von Arbeitern und Angestellten benötigt, der qualifiziert genug ist, die komplizierten Tätigkeiten, die mit der Anwendung hochmoderner Technologie auch anfallen, zu erledigen. Diese hochqualifizierte Arbeitskraft, die früher ja gar nicht ausgebildet wurde, ist zunächst einmal noch knapp.

So ergibt sich die Spaltungsstrategie der Unternehmer: den Großteil der Arbeiter und Angestellten so billig und rechtlos wie möglich zu machen, nach Bedarf einstellen und entlassen; einen kleineren Teil der qualifizierten Arbeiter und Angestellten, der für den reibungslosen Produktionsablauf unentbehrlich ist, noch vergleichsweise gut stellen, um ihn als Stammbelegschaft an das Unternehmen zu binden.

Der Abschied von der Auffassung der Gewerkschaften als Klassenorganisation, die Perspektive ihrer allmählichen Umwandlung in eine eher berufsständige Organisation besonder qualifizierter Gruppen der Arbeiter- und Angestelltenschaft — das ist wohl der Grundgedanke, von dem sich Gewerkschaftsführer wie Hermann Rappe leiten lassen.

Sie sind dagegen, daß die Gewerkschaften gegen die Krisenlösungsstrategie der Kapitalisten mit ihren verheerenden Folgen für die Masse der Arbeiter und Angestellten ankämpfen, sondern wollen sich in der oben beschriebenen Weise an diese kapitalistische Krisenlösungsstrategie anpassen, um wenigstens ihr Schäfchen noch ins Trockene zu bringen.

Deshalb sind sie auch dagegen, daß die Gewerkschaften den Kampf gegen die Bonner Regierung suchen, die von den ausschlaggebenden Kapitalskreisen ja eben deshalb unterstützt wird, weil sie die politischen Bedingungen für die Lösung der Krisenprobleme im Interesse der Unternehmer schaffen soll.

Eine solche drohende Spaltung des DGB ist schon beim Kampf um die 35-Stunden-Woche deutlich geworden. Rappes IG Chemie und andere Gewerkschaftsführungen traten offen als Unterstützer des Blüm'schen Vorruhestandsmanövers auf den Plan. Tatsächlich findet diese Auseinandersetzung um den Kurs der Gewerkschaften in fast allen Industriegewerkschaften statt. Die Rappes sitzen auch in den Führugnsgremien der IG Metall oder der ÖTV. Sonst wäre es zu Dreiergespräch erst gar nicht gekommen. Und wer wollte leugnen, daß auch viele Betriebsräte Politik im Sinne Rappes machen?

Zur moralischen Bewertung dieser Konzeption, die die Verelendung von Millionen in Kauf nimmt, um relativ wenigen einige Privilegien zu sichern, muß nicht viel gesagt werden.

Die politischen Folgen dieser Vorstellung liegen auf der Hand: die Gewerkschaften als große gesellschaftliche Gegenmacht würden zerstört, das Diktat der Kapitalisten wäre übermächtig und allgegenwärtig.

Schließlich wird sich diese Konzeption aber auch als Verrat an den Interessen jener qualifizierten Arbeiter- und Angestelltengruppen erweisen, die zu vertreten sie vor allem vorgibt. Denn wenn heute die entsprechend bestimmten Anforderungen neuer Technologie besonders qualifizierte Arbeitskraft noch knapp ist, wird sie es in einigen Jahren nicht mehr sein. Dann werden die Kapitalisten daran gehen, auch hier den Hobel anzusetzen. Dann wird sich zeigen, daß nur mächtige Industriegewerkschaften, nicht aber zusammengeschrumpfte berufsständische Organisationen den Kapitalisten die Stirn bieten können.

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

Kampfkraft erwächst nur aus der Klassensolidarität. Gruppenegoismus macht die Arbeiter und Angestellten kampfunfähig und liefert sie der Macht des Kapitals aus.

Schluß mit der Politik für wenige!

Für die Gewerkschaften gibt es realistisch nur den Weg, sich zu einer klaren klassenkämpferischen Orientierung durchzuringen. Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, für staatliche Beschäftigungsprogramme und für die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, Kampf gegen den Reallohnabbau und für echte Lohnerhöhungen; Kampf gegen die soziale Demontage, für die Rücknahme aller Kürzungen im Bereich der sozialen Sicherungssysteme; Kampf gegen die Vorstöße zur weiteren Entrechtung der Arbeiter und Angestellten, gegen die Angriffe auf Streikrecht und Gewerkschaftsfreiheit.

Das bedeutet unausweichlich: Kampf dafür, daß diese sozialreaktionäre Regierung in Bonn verschwindet.

Also wieder das alte Lied: für eine SPD-Regierung kämpfen? Wieder da anfangen, wo Helmut Schmidt im Herbst 1982 aufgehört hat?

Nein, wer bereit ist, die Probleme, mit denen die Arbeiterklasse und die Gewerkschaften in den kommenden Jahren konfrontiert sein werden, in voller Schärfe zur Kenntnis zu nehmen, kann nicht davon ausgehen, daß eine SPD-Regierung auch nur eines der Probleme, die für die Arbeiterklasse immer drückender spürbar werden, tatsächlich wird lösen können.

Denn die Probleme wie Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, verschärfte Ausbeutung usw. haben ihre Ursache nicht nur und nicht vor allem in der Regierungspolitik, sie sind in erster Linie Ergebnisse der kapitalistischen Wirtschaftsgesetze.

Eine SPD-Regierung kann und wird die eine oder andere Härte mildern, lösen wird sie die Probleme nicht, solange sie die kapitalistische Wirtschaft und die politische Macht des Kapitalismus unangetastet lassen will.

Die SPD wendet sich bei allen wichtigen Unterschieden zur Politik der jetzigen Regierung in keiner Frage gegen die wirklichen Ursachen der Arbeitslosigkeit und der neuen Armut. Sie präsentiert sich auch heute in der Opposition den Unternehmern als Partei, die auch im Unternehmersinne besser wirtschaften kann. Das aber ist eine Illusion. Die Krisenprobleme der kapitalistischen Wirtschaft werden auch mit einer SPD-Regierung nicht nur bleiben, sondern sich weiter verschärfen. Ohne Vergesellschaftung der großen Industrie, ohne demokratische Planung der Wirtschaft wird die Arbeiterklasse ihre Interessen nicht wahrnehmen können.

Diese Regierung der Arbeitslosigkeit und des Sozialabbaus, der politischen Reaktion auf der ganzen Linie muß weg. Aber im Kampf gegen diese Regierung geht es um mehr als nur darum, sie durch eine SPD-Regierung zu ersetzen, auch wenn das gegenwärtig noch als die einzige realpolitische Alternative erscheint. Es geht darum, daß die Gewerkschaften, die Arbeiterklasse sich politisch stärken, die politische Macht für sich anstreben, um die Wirtschaft in ihrem Interesse zu organisieren. Dann kann wirklich Schluß gemacht werden mit der Politik für wenige.

Das Finanzkapital und die „Endlösung der Judenfrage"

„Die großen Objekte teilten sich die Monopolisten ..."

Für sechs Millionen Menschen in Deutschland waren die Rassengesetze, die auf dem Nürnberger Reichsparteitag der NSDAP verabschiedet wurden, der Anfang eines furchtbaren Leidensweges. Der grauenvolle Massenmord an jüdischen Kindern, Frauen und Männern durch die Nazis ist eines der schlimmsten Verbrechen, die in der Weltgeschichte überhaupt je geschehen sind.

Wer hat sie zu verantworten? Heute wird viel von der Verantwortung derer geschrieben, die damals nicht protestiert, sondern geschwiegen haben. Dieses Schweigen, das es damals neben dem Widerstand gab, soll nicht nachträglich gerechtfertigt werden. Aber gesprochen werden sollte heute vor allem von denen, die diese Verbrechen verübt und von diesen Verbrechen profitiert haben. Und das war nicht nur die NSDAP, sondern das war auch das deutsche Finanzkapital.



Es ist durch eine Vielzahl von Dokumenten belegt, daß die herrschenden finanzkapitalistischen Kreise Hitler-Deutschlands den antijüdischen Terror unterstützten und unmittelbar davon profitierten. Auf einige Aspekte in diesem Zusammenhang wollen wir im Folgenden hinweisen.

Der Antisemitismus hatte in den herrschenden Kreisen in Deutschland eine lange Tradition, und antisemitische Vorurteile waren zweifellos auch in bestimmten Bevölkerungskreisen verbreitet. Für die Bourgeoisie, die den Klassenkampfgedanken im Volk ausrotten wollte, war es vorteilhaft, daß die Nazi-Ideologie den „Rassenkampf" an die Stelle des Klassenkampfes stellte. Der Antisemitismus bot die Möglichkeit, den Haß der durch die kapitalistische Krise in Not gebrachten kleinbürgerlichen Massen vom Kapital weg auf die Juden zu lenken. Das war möglich, weil es historisch bedingt eine recht verbreitete Vorstellung gab, daß die Juden unter den Reichen in Deutschland besonders stark vertreten waren, was zwar objektiv für die Weimarer Republik nicht stimmte, aber die Vorstellung vom raffenden und wuchericshen Juden hatte ihre Wurzeln tief im Mittelalter und war vor allem im deutschen Kleinbürgertum sehr zählebig. Die Nazis konnten so ihre antisemitische Hetze sogar noch mit antikapitalistischer Demagogie garnieren. Sie unterschieden in ihrer Propaganda zwischen schaffendem (arischem) und raffendem (jüdischem) Kapital. Der Kampf gegen das Judentum war gemäß der Nazi-Ideologie zugleich der Vernichtungskampf gegen das „raffende" Kapital, was angeblich die wirkliche Ursache für das Elend des deutschen Volkes war, während der deutsche Unternehmerfleiß dadurch belohnt wurde, daß die schaffenden Kapitalisten zu Führern ihrer Belegschaft ernannt wurden.

Die herrschende Klasse in Deutschland wollte die Arbeiterbewegung und die Organisationen der Arbeiterklasse und der Werktätigen vollständig unterdrücken und zerschlagen. Das bedingte den Aufbau eines gewaltigen Unterdrückungsapparats. Den Aufbau dieses Terrorapparats ausschließlich mit dem Kampf gegen die Bewegungen und Organisationen der Arbeiter und Werktätigen zu begründen, war politisch äußerst risikoreich; denn schließlich fühlte sich die Mehrheit der Arbeiterklasse und ein großer Teil der Werktätigen diesen Bewegungen und Organisationen zugehörig. Der Antisemitismus lieferte eine propagandistische „Begründung" für den Aufbau der gewaltigen Terrormaschinerie, mit der vermieden werden konnte, daß die Tatsache, daß diese ungeheure terroristische Aufrüstung sich gegen die Masse der Arbeiter und Werktätigen richtete, immer wieder neu ins Bewußtsein der Massen gerufen wurde.

Der Antisemitismus war schließlich auch brauchbar für den Kampf gegen die revolutionärsten Teile der Arbeiterbewegung, also vor allem des marxistisch beeinflußten Teils. Mit dem Hinweis darauf, daß in der marxistischen Bewegung in Deutschland auch Juden eine wichtige Rolle gespielt haben, lancierte die Nazipropaganda das Schlagwort vom „jüdischen Marxismus", stellte den marxistischen Einfluß in der Arbeiterbewegung als Einfluß des Weltjudentums hin, das gemeinsam mit dem internationalen Bolschewismus eine weltweite, auf die Vernichtung des deutschen Volkes abzielende Verschwörung organisiert habe.

Der Antisemitismus, die mörderische Vernichtungskampagne gegen die Juden, die rassistische Ideologie vom germanischen Herrenmenschen und nichtarischen Untermenschen im allgemeinen hatten weiter eine wichtige Funktion im Hinblick auf die Durchsetzung der Kriegsziele des deutschen Imperialismus. Kriegsziel des deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg war nicht nur vorübergehende Besetzung anderer Länder, um die imperialistischen Konkurrenten im Kampf um die Vorherrschaft in der Welt in die Schranken zu verweisen und durch erzwungene Reparationszahlungen und Demontage diese Länder zu berauben. Kriegsziel des deutschen Imperialismus war vielmehr von Anfang an die Eroberung und vollständige Unterjochung dieser Länder, die völlige Zerstörung ihrer nationalstaatlichen Identität und ihre Eingliederung ins großdeutsche Reich. Die Verwirklichung dieses Kriegsziels erforderte einen beispiellosen Terror gegen die Bevölkerung der überfallenen Länder. Die Theorie von der „germanischen Herrenrasse", die Darstellung anderer Völker als „verjudet" lieferte sozusagen die ideologische Grundlage dafür. Der Massenmord an der jüdischen Bevölkerung sollte lähmendes Entsetzen verbreiten, zugleich wesentliche Strukturen der überfallenen Völker zerschlagen, um ihre Widerstandskraft zu brechen.

Es zeigte sich, daß der Antisemitismus und der Massenmord an den Juden keineswegs im Widerspruch zu den Interessen der deutschen Monopolbourgeoisie stand. Folgendes Rundschreiben der Zentrale der Deutschen Bank an die Wirtschaftsgruppen macht deutlich, daß das deutsche Finanzkapital die antisemitische Verfolgung nicht keineswegs nur passiv duldete, sondern aktiv daran beteiligt war und darum bemüht war, „den Gang der Arisierung in der Hand zu behalten":

„Man sollte sich (...) in den einzelnen Wirtschaftsgruppen eine eigene Initiative überlegen, die in den Grenzen der gegebenen Möglichkeiten einerseits entsprechend den Wünschen der Regierung den Arisierungsprozeß wesentlich beschleunigt, andererseits zu den volkswirtschaftlich und privatwirtschaftlich günstigen Ergebnissen führt. (...) Danach würden sich, wenn die Wirtschaftsgruppen oder Fachgruppen als solche sich an der Übernahme der nichtarischen Betriebe nicht zu beteiligen wünschen, ein größerer Kreis von Firmen aus jeder von dem Arisierungsproblem berührten Branche zusammenschließen und Bewerbern, die für die Übernahme eines jüdischen Unternehmens für geeignet gehalten werden, aber nicht selbst über die hierzu erforderliche Kapitalkraft verfügen, den Erwerb durch Garantieleistunge ermöglichen. (...) Für die Wirtschaftsgruppen ergibt sich aus diesem Verfahren der große Vorteil, daß sie den Gang der Arisierung in der Hand behalten ..."

Paul Merker beschreibt den „Gang der Arisierung" wie folgt: „Vom 15. Dezember 1938 ab wurde die ‚Arisierung' der Industrie und des Handels durchgeführt: 4000 Grundbesitzer, 10000 Fabrikbesitzer, 25000 Handwerker, 140000 Kaufleute und 38000 andere Gewerbetreibende wurden ihres Eigentums beraubt und aus dem Wirtschaftsleben des Landes ausgeschaltet. Die kleineren Beutestücke erhielten die SS- und SA-Terroristen, in die großen Objekte teilten sich die Monopolisten und hohen Nazi-Führer. Herr Krupp von Bohlen und Halbach eignete sich das große Bankhaus ‚Berliner Handelsgesellschaft' und die Aktien der Kohlen AG Blumenthal an. Die Herren Karl, Kurt und Franz Haniel wurden ‚Eigentümer' des Bankhauses Warburg. Oskar Schlitter und Kurt Poensgen von den Mannesmann-Röhrenwerken legten ihre Hände auf die Röhrenwerke Hahn AG und die Metallwerke AG Wolf-Hetter-Jakob. Herr Göring enteignete alle Besitzungen des Julius-Petschek-Konzerns, die hauptsächlich aus den mitteldeutschen Braunkohlegruben und Brikettwerken bestanden, und tauschte sie mit Herrn Friedrich Flick gegen Gruben der Harpener Bergbau AG. Herr Otto Wolff übernahm die Thale-Eisenhütten, die der Firma Oppenheim gehörten, Herr Friedrich von Siemens annektierte die Aronwerke, Berlin. Alfred Hugenberg wurde zur Aufteilung des Raubes zugelassen und übernahm die Fabrik für Elektromaschinen Max Levy GmbH, Berlin. Herr Adolf Hitler persönlich gliederte seinem Druckerei- und Verlagskonzern Franz Eher die Verlagshäuser von Mosse und Ullstein ein."

Diese Aufstellung Paul Merkers ist bei weitem nicht vollständig. Es steht außer Zweifel, daß die ausschlaggebenden finanzkapitalistischen Kreise die Verfolgung der Juden im NS-Regime im wesentlichen mittrugen, weil sie unter verschiedenen ökonomischen und politischen Aspekten ihren Interessen entgegenkam.

Aus dem gleichen Grund also, aus dem die gleichen Kreise heute Sanktionen gegen das Apartheidsregime in Südafrika verweigern, faschistische Diktaturen in der ganzen Welt unterstützen und an einem Erstarken der Ausländerfeindlichkeit in der Bundesrepublik interessiert sind...

Zusammenarbeit von Polizei und FAP

„Weil sie so eingestellt sind, für Recht und Ordnung zu kämpfen."

Hartmut Reikow, Leiter des Schutzbereichs Nord in Dortmund, kann über die Anhänger der FAP, die im August im Dortmunder Norden ihr Parteibüro eröffnet haben, nicht klagen. Im Gegenteil. Ihm gefällt, daß die FAP-Anhänger „recht bestrebt sind, für Recht und Ordnung zu kämpfen." So Hartmut Reikow gegenüber der Journalistin Ingrid Müller-Münch, nachzulesen in der „Frankfurter Rundschau" vom 5.9.85.

Es müssen mehrere Polizisten — und zwar auch in höheren Etagen — ähnlich denken wie Hartmut Reikow. Denn sonst hätte es zu verschiedenen Vorfällen in Dortmund gar nicht kommen können.

Wir haben schon darüber berichtet, daß die Polizei im Zusammenhang mit der Eröffnung des Bundesbüros der FAP die Öffentlichkeit über den Termin der Einweihungsfeier bewußt falsch informiert hatte. Sie hatte als Termin den 23.8. lanciert. FAP-Anhänger brüsteten sich gegenüber der Presse allerdings damit, daß die Einweihung ihres Büros — in Absprache mit der Polizei — bereits eine Woche vorher stattgefunden hatte. Die Polizei bestreitet heute lediglich, daß es ein gemütliches Beisammensein mit der FAP in deren Büro gegeben habe, bei dem gemeinsam auf den gelungenen Coup angestoßen worden sein soll. Daß Beamte des 14. K. sich aber mit FAP-Leuten an einen Tisch gesetzt haben, „um zu erfahren, was sie nun eigentlich vorhaben", wird in einem Leserbrief an die „Frankfurter Rundschau" von Karl Beele von der Polizeipressestelle in Dortmund ausdrücklich bestätigt.

Im gleichen Leserbrief heißt es, daß die Polizei eben unpolitisch sei und „von einer unterschiedlichen Behandlung je nach politischer Couleur" deshalb nichts halte. Was von dieser Aussage zu halten ist, zeigte sich in den Tagen nach der antifaschistischen Demonstration gegen das FAP-Büro.

Am 24.8.85, also einen Tag später, führt die MLPD einen Info-Stand im Dortmunder Norden durch. Der junge Mann, der alleine an dem Stand steht, sieht sich plötzlich von sechs FAP-Anhängern umzingelt. Mindestens einer von ihnen ist mit einem Baseballschläger bewaffnet. Der MLPD-Genosse erhält einen Faustschlag ins Gesicht, kann dann aber fliehen. Sein Info-Stand wird total zertrümmert. Auf der Polizeiwache wird zunächst versucht, seine Anzeige abzuwimmeln: er habe doch bloß eine Ohrfeige bekommen, das seien doch normale Auseinandersetzungen usw. Zwei Wochen später wird er von K 14-Beamten verhört. Das Interesse an dem Vorfall ist allerdings ausgesprochen gering. Viel mehr interessieren sich die Beamten für das, was der junge Mann bei der MLPD macht …

Am 6.9.85 führen vier Organisationen, die der Antifaschistischen Bürgerinitiative Nord angehören, am selben Platz Info-Stände durch und sammeln dort auch Unterschriften für die Forderung nach der sofortigen Schließung des FAP-Büros und für das Verbot der FAP. Die Aktion verlief zunächst ohne Zwischenfälle. Dann fahren plötzlich vier Polizeifahrzeuge auf, darunter ein Mannschaftswagen. Aus ihm springen zehn Beamte des Sondereinsatzkommandos (SEK) mit Knüppeln in der Hand heraus. Sie greifen sich einen jungen Mann vom Stand der SDAJ, rufen: „Sie sind vorläufig festgenommen", zerren ihn in das Polizeifahrzeug und bringen ihn auf die Wache. Dort wird ihm dann vorgehalten, er habe eine „Farbschmiererei" begangen. Es geht um eine ca. 50 x 50 cm große Parole „Nazis raus" … Antifaschisten beobachten, daß zum Zeitpunkt der Polizeiaktion ein bekanntes FAP-Mitglied am Ort des Geschehens auftauchte. Zufall?

Auf einer Pressekonferenz, die Dortmunder antifaschistische Initiativen Anfang dieser Woche zum Verhalten der Polizei durchführten, wurde betont, daß es diese skandalöse Zusammenarbeit zwischen Neonazis und Polizei nicht erst seit August gibt. Die Polizei wimmelte auch vorher schon Anzeigen gegen FAP-Anhänger ab. Und sie leistete auch vorher schon tatkräftige Unterstützung dabei, daß die FAP trotz antifaschistischer Proteste ihre geplanten Veranstaltungen ungestört durchführen konnte. So am 11.5., einen Tag vor der Landtagswahl in NRW.

Für diesen Tag hatte die FAP eine Kundgebung im Dortmunder Norden angekündigt. Mehrere hundert Gegendemonstranten versuchten sie durch ihren Protest zu verhindern. Es sah schlecht aus für die geplante Kundgebung der Neonazis, als plötzlich ein Bus vorfuhr, in den die Polizei alle anwesenden Neonazis hineindirigierte. Offizielle Erklärung: die FAP-Anhänger würden aus der Stadt herausgefahren. Wie sich später herausstellte, war das eine Lüge. In Wirklichkeit wurden die Neonazis von der Polizei zu anderen Räumlichkeiten in Dortmund gefahren, wo sie dann ihre Veranstaltung unter Polizeischutz durchführen konnten.

Einem der beteiligten Antifaschisten schickte die Polizei vor einiger Zeit übrigens eine Rechnung. Er soll den Bustransport bezahlen.

Denn nur durch die Gegendemonstration sei dieser ja notwendig geworden …

Angesichts dieser Vorfälle fordern die Dortmunder Antifaschisten: eine öffentliche Verurteilung des Verhaltens der Polizei durch den Oberbürgermeister und den Rat der Stadt Dortmund; eine Untersuchung in der Dortmunder Polizei und die Bestrafung der beteiligten Polizisten; eine Sondersitzung des Stadtrates über die Nazi-Umtriebe und nachdrückliche Aktivitäten der Stadt für ein Verbot der FAP.

NPD-Parteitag

Wieder einmal hat ein Gericht dafür gesorgt, daß die NPD gegen den Willen der demokratischen Öffentlichkeit und auch der Stadt den gewünschten Raum für ihren Parteitag bekommt. Diesmal war es das Oberlandesgericht Koblenz, das den Bundesparteitag der NPD in Neustadt juristisch absegnete.

Etwa 800 Menschen waren dem Aufruf von DGB, SPD, Grünen, VVN und anderen zu einer Gegedemonstration gefolgt. 350 Polizisten waren zum Schutz des NPD-Parteitages aufgeboten worden. Und sie schützten die Faschisten mit so großer Brutalität, daß viele Kundgebungsteilnehmer später sagen, einen solchen Polizeieinsatz hätten sie noch nie erlebt. Die während der gesamten Demonstration andauernden Polizeieinsätze beginnen mit einem Überfall auf den autonomen Block am Ende des Demonstrationszuges. Bei der Kundgebung brechen Polizeigruppen dann immer wieder in die Reihen der Demonstranten ein, entweder greifen sie wahllos einzelne heraus oder setzen ihre Knüppel ein, um Neonazis, die sich unter die Demonstranten mischen, zu schützen. 15 Demonstranten werden vorläufig festgenommen. Den NPD-Anhängern dagegen, die zum Teil mit Blaulicht in Polizeiwagen zu ihrem Parteitag gefahren werden, passiert dagegen nichts.

Anschlag in Duisburg

Am 24.8.85 wurde ein Brandanschlag auf den schon seit Jahren von jungen Leuten besetzten ehemaligen Bahnhof Neumühl in Duisburg verübt. Nur durch Zufall wurde der Ausbruch des Feuers von den Bewohnern entdeckt und so eine mögliche Katastrophe verhindert. Verantwortlich für den Anschlag: Mitglieder der FAP. Neun von ihnen wurden in der letzten Woche verhaftet. Gegen drei weitere wird ermittelt.



Räumungsklage gegen FAP-Büro

Proteste gegen FAP nehmen zu

Dortmund.
Am 23.8.85 hatten mehrere hundert Menschen gegen die Eröffnung einer Bundesgeschäftsstelle der „Freiheitlichen Arbeiterpartei" (FAP) in der Schlosserstraße in Dortmund protestiert. Erstmals war eine solche Demonstration gegen die FAP auch offiziell von der Hoesch-Belegschaft mitgetragen worden. Und erstmals hatten bei einem solchen Anlaß auch Redner der SPD ein Verbot der FAP gefordert.

Seitdem ist die Auseinandersetzung um das Büro der neonazistischen FAP Dauerthema in der Dortmunder Lokalpresse. Der Protest zieht immer weitere Kreise. Ein Beispiel dafür ist ein einstimmig gefaßter Beschluß der Schulkonferenz einer Gesamtschule in dem Stadtviertel, in dem sich das Büro der FAP befindet. Diese Gesamtschule wird von sehr vielen ausländischen Schülern besucht. Ihr erfolgreiches Bemühen um ein gutes Miteinander der verschiedenen Nationalitäten sehen Eltern, Lehrer und Schüler jetzt gefährdet. Im Beschluß der Schulkonferenz heißt es: „In einer solch schwierigen und zugleich fruchtbaren Situation müssen wir es als Provokation und als Angriff auf die Grundlagen unserer pädagogischen Arbeit auffassen, wenn sich im Dortmunder Norden zunehmend neofaschistische Kräfte betätigen und mit ausländerfeindlichen Parolen ‚Stimmung' zu machen versuchen. Bisheriger Höhepunkt solcher Bestrebungen ist die Einrichtung eines bundesweiten Büros der FAP. Diese Entwicklung gefährdet letztlich die Basis des menschlichen Miteinanders in unserem Stadtteil." Deshalb fordert die Schulkonferenz: „Dem wachsenden Einfluß der neofaschistischen Kräfte muß Einhalt geboten werden. Der FAP muß die organisatorische Grundlage für ihr Wirken entzogen werden. Schließen Sie deshalb das Büro der FAP." Außerdem setzt sich die Schulkonferenz auch für das Verbot der FAP ein.

Alle diese Proteste sind nicht ohne Wirkung geblieben. Seit der letzten Woche läuft eine Räumungsklage des städtischen Wohnungsamtes gegen das FAP-Büro. Außerdem wurden der FAP die Räume durch den Vermieter gekündigt. Diese Räumungsklage stützt sich zwar nicht auf politische Grundlagen, wie von Dortmunder Bürgerinitiativen gefordert, sondern darauf, daß Wohnräume von der FAP gewerblich genutzt werden, aber immerhin.

Ebenfalls in der letzten Woche hat die Ratsfraktion der SPD in Dortmund beschlossen, sich für ein Verbot der FAP einzusetzen. Auch das ist ein eindeutiges Ergebnis des öffentlichen Drucks. Denn noch vor wenigen Monaten stand die Dortmunder SPD dieser Forderung ausgesprochen ablehnend gegenüber.

Termine

KPD-Konferenz zum Thema Volksfront

Am 30.11. und 1.12.85 findet in Dortmund der nächste Volksfront-Bundeskongreß statt. Auf diesem Kongreß werden wichtige Entscheidungen darüber fallen, wie die Volksfront ihre weitere Arbeit gestalten wird, welche politischen Schwerpunkte für die Zukunft gesehen werden und auf welche Weise sie angegangen werden sollen. In der Volksfront selber gibt es darüber zum Teil recht heftige Auseinandersetzungen. Solche Auseinandersetzungen — bzw. sehr unterschiedliche Meinungen — gibt es auch in unserer Partei, auch unter den Genossen, die heute noch sehr stark in der Volksfront engagiert sind.

Deshalb hat die Antifa-Abteilung beim ZK beschlossen, im September alle Genossen der KPD, die in der Volksfront oder auch anders im antifaschistischen Kampf engagiert sind, zu einem Treffen einzuladen. Dieses Treffen findet **am Sonnabend, 28. September 85, ab 11 Uhr in Dortmund, Wellinghofer Str. 103** statt.

Im Mittelpunkt der Diskussion sollte die Auseinandersetzung um die aktuell notwendige politische Stoßrichtung des Kampfes gegen Reaktion und Faschismus in seinen verschiedenen Bereichen stehen. Und was daraus für unsere Arbeit in der bzw. unsere Haltung zur Volksfront folgt. Darüber hinaus soll aber kein Thema, keine Frage ausgeklammert werden, die für den antifaschistischen Kampf wichtig ist.

Wir bitten deshalb um rege Beteiligung. Eine Anmeldung der Genossen, die teilnehmen wollen, über das Dortmunder Büro wäre hilfreich.

Sofern schriftliche Stellungnahmen von Genossen zu dem betreffenden Thema eingehen, werden wir sie den interessierten Genossen vorher zuschicken.

Südafrika

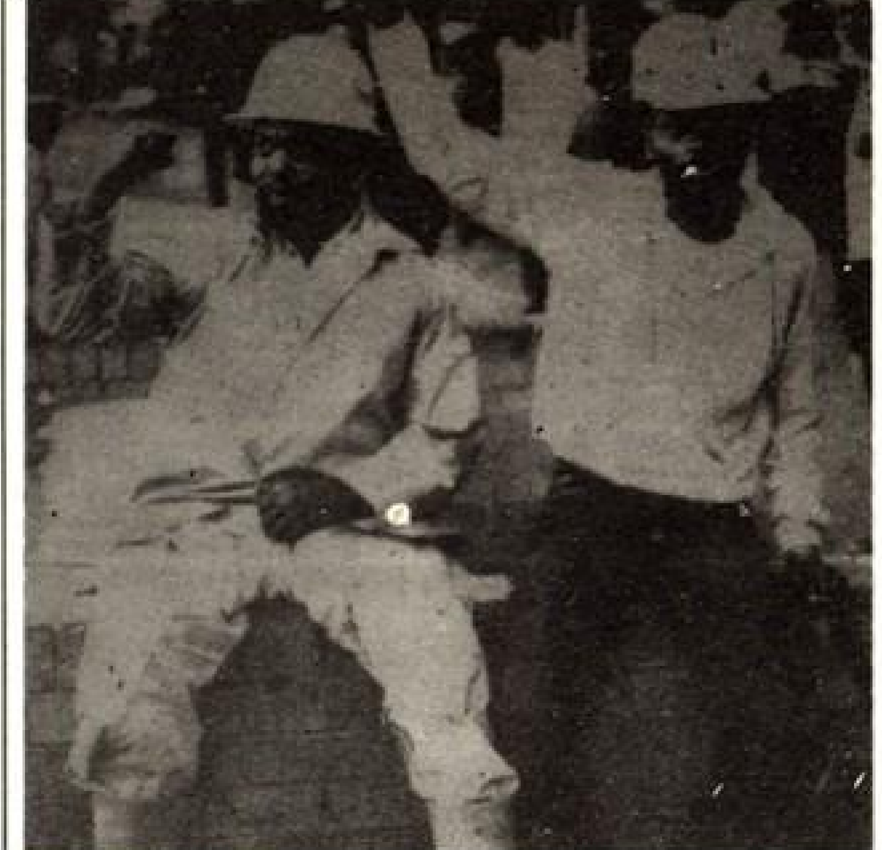
Das Kapital kriegt kalte Füße

Südafrikas Premierminister Botha nannte es „Schwäche vor den Feinden Südafrikas". Er meinte die Gespräche, die einflußreiche Geschäftsleute Südafrikas in Sambia führten. Während die Regierung des Landes die Befreiungsbewegung ANC verboten hat, ihren Führer seit 22 Jahren eingekerkert hat und seine Mitglieder verfolgt und ihn als „terroristische" Vereinigung bezeichnet, haben die Geschäftsleute eingesehen, daß ohne den ANC in Zukunft nichts mehr laufen wird im Lande.

Rund 400 km östlich von Lusaka, der Hauptstadt Sambia fand Ende vergangener Woche das Treffen statt. Für den ANC nahm dessen amtierender Präsident Oliver Tambo am Gespräch teil, auf der anderen Seiten waren die Präsidenten wichtiger Firmen beteiligt. So der Boß des Bergbaukonzerns Anlo American, des größte Rohstoff- und Finanzkonzerns Südafrikas, weiter die Direktoren des Nahrungsmittelunternehmens Premier Milling und dreier einflußreicher Zeitschriften. ANC-Führer Oliver Tambo sagte nach dem Treffen, man habe den weißen Geschäftsleuten gegenüber staatliche Kontrolle ihrer Unternehmen angekündigt, wenn die Schwarzen an die Macht kämen. Tambo nannte das Gespräch, einen *„sehr wichtigen Beitrag zur Suche nach Wegen und Mitteln, die Gewalt der Apartheid zu beenden"*. Die offensichtliche Spaltung innerhalb der Herrschenden in Südafrika kann sich zu einer entscheidenden Schwäche des Systems entwickeln.

Auch die in Südafrika tätigen bundesdeutschen Unternehmen sehen ihre Aussichten nicht mehr so rosig. Das „gelobte" Land der Ausbeutung und der Gewinne ist durch die massiven Kämpfe der Schwarzen in den letzten Monate zu einem Problem für sie geworden. Auf der einen Seite stellen die Schwarzen immer mehr Forderungen, stehen für ihre Rechte ein, fordern auch innerhalb der bundesdeutschen Unternehmen mehr Geld, bessere Arbeitsbedingungen, auf der anderen Seite ist der Markt für viele Produkte westdeutscher Firmen ziemlich eng geworden. Die Informationen der Wirtschaftsteile westdeutscher Zeitungen in den letzten Tagen machen dies deutlich. So schreibt die „Süddeutsche Zeitung" am 16.9.: *„Absatzschwierigkeiten, eine unruhige Arbeiterschaft und Währungsprobleme belasten gegenwärtig die Kraftfahrzeugproduktion in Südafrika ..."*

So hat BMW kürzlich wegen Absatzproblemen die Produktion für vorläufig mindestens fünf Wochen eingestellt. Nach einem Streik der schwarzen Belegschaft vom Daimler-Benz-Werk East London bei Kapstadt über eine Neuregelung der Schichtarbeit herrschte Anfang der Woche noch totaler Produktionsstillstand. VW meldete die Einführung von „Kurzwochen"



bei der Produktion von Audi- und Passat-Modellen. VW kommt mit rund 6000 Arbeitern nur noch auf 80 Prozent des Umsatzes des vergangenen Jahres.

So haben die Kämpfe der Schwarzen den Kapitalisten das Geschäftemachen schon ziemlich schwer gemacht. Neben der Marktlage wird auch immer wieder für die „Zurückhaltung" der Unternehmer die „unruhige Arbeiterschaft" genannt. Streiks in westdeutschen Unternehmen in Südafrika gab es in den letzten Monaten viele.

Nur selten gelangen Meldungen darüber in unsere Medien. Nach unseren Informationen ging die Firma **Bosch** im Tarifstreit mit der Gewerkschaft „Metall and Allied Workers Union" (MAWU) unter anderem mit der Aussperrung von 500 Beschäftigten vor, die dann aber die Werkskantine besetzten. Erst auf Intervention der Stuttgarter Bosch-Zentrale, die negative Auswirkung auf ihr Image hier befürchtete, lenkte Bosch-Südafrika in diesem Tarifstreit ein. Ähnlich ging **Siemens** Südafrika vor, als in einem Lohnkampf kurzerhand 1300 von 6000 Beschäftigten fristlos auf die Straße gesetzt wurden. Mittlerweile ist es gelungen, bis auf 14 angeblich *„radikale Rädelsführer"* alle gefeuerten wieder in ihr Beschäftigungsverhältnis zurückzukämpfen. Als **VW** im Juli alle gewerkschaftlichen Sprecher in einem Tarifkampf in ihren Wohnvierteln von der Polizei abholen und verhören ließ, legte der gesamte Betrieb in Port Elizabeth die Arbeit nieder.

Die hier abgedruckte Aufstellung mit Produkten aus Südafrika stammt aus der Südafrika-Solidaritätsbewegung innerhalb der evangelischen Kirche. Wir drucken sie nicht nur als Dokument „zur Information" ab, sondern bitten alle Leser, dem Aufruf „Kauf keine Früchte der Apartheid" Folge zu leisten.

Jeder kann mit dem Boykott beginnen ...

Kauft keine Früchte der Apartheid

Südfrüchte

Outspan-Apfelsinen
-Grapefruit
-Zitronen
-Ananas
Avocadofrüchte

Frischobst

Cape-Äpfel
Cape-Trauben (blaue und gelbe)
Cape-Pflaumen
Cape-Birnen
Cape-Pfirsiche

Gemüse

Zwiebeln
Gemüsepaprika
gefrorenes Gemüse
z. B. Broccoli

Konserven

Ananas
Pfirsiche (Markennamen:
Del Monte, Pearl Reef, Gold Dish, Karoo, Canpearl, Musketeer, Madison)
Aprikosen
Konfitüre (Orange und Zitrone; Markennam:: Koo)
Spargel (Markenname: IXL)

Die Konserven haben folgende Aufdrucke:
„Made in South Africa"
oder „Produced in South Africa"
oder „Product of South Africa"
oder „Republic of South Africa"
oder „RSA"

Sonstiges

Rosinen, Erdnüsse, Fruchtsäfte, Wein, verschiedene Frischblumen, vor allem Protea, und Blumensamen

OUTSPAN



(Alle in der Bundesrepublik angebotenen Nahrungsmittel müssen mit dem Herkunftsland ausgezeichnet werden.)

Die bundesrepublikanischen Unternehmen in Südafrika mit 283 Firmen und Niederlassungen und rund 50000 Beschäftigten drittgrößer ausländischer Wirtschaftsfaktor, kommen also offensichtlich immer mehr in Schwierigkeiten. Die in der Presse beschriebene „Zurückhaltung" dieser Unternehmen ist aber nicht die Folge von Einsicht in die Unrechtsverhältnisse dort, sondern geht auf den Kampf der Schwarzen zurück. Mit massivem Druck aus den Belegschaften hier und mit Unterstützung einer starken Solidaritätsbewegung in Westdeutschland könnten ihre Geschäfte im Rassistenstaat noch schwieriger werden und die Situation für die Schwarzen würde sich verbessern.

Zu den Unruhen in Birmingham

„Das war Krieg, Mann!"

In der Nacht zum Dienstag vergangener Woche explodierten soziale Spannungen im Ghetto Handsworth in der britischen Stadt Birmingham. Enorm zunehmende Arbeitslosigkeit, massenhafte Verarmung, Verelendung ganzer Stadtteile und Diskriminierung schwarzer Menschen entlud sich in massiven Zusammenstößen mit der Polizei und in Plünderungen von Geschäften.

Vor vier Jahren, im Sommer 1981 gab es ähnliche Aufstände in über 30 Slums britischer Städte. Die Herrschenden in England hatten diesen heißen Sommer vergessen, waren „überrascht", „erschrocken", als käme das alles aus heiterem Himmel. Und soziale Ursachen sahen sie schon gar nicht — kriminell war der kurze Aufstand von Birmingham für sie.

Maggie Thatchers Innenminister Hurd, den Jugendliche daran hinderten, auf den Straßen von Birmingham Sprüche zu klopfen, erklärte auf einer Pressekonferenz, bei dem Aufruhr habe es sich um Verbrechen und *„nicht um ein soziales Phänomen gehandelt"*. So sehen es auch andere. Ein Bankdirektor, dessen Filiale zu einem Scherbenhaufen gemacht wurde: *„Ein paar Kerle müßte man einfach herauspicken und ihnen eine Kugel verpassen. Ein paar Kugeln und hier wäre ein für allemal Ruhe..."* Auf gleicher Wellenlänge liegt Birminghams Polizeipräsident Geoffrey Dear, der den Aufruhr als einen Fall von *„blutgierigem, nacktem Hooliganismus"* erkannte. Hooligans sind die berüchtigten britischen Fußballfans. Weiter der Polizeipräsident: *„Die Kerle vergnügten sich dabei, sie stahlen und raubten und hatten eine Superzeit."* So einfach ist das.





Birmingham-Handsworth in der Nacht von Montag auf Dienstag — und danach

Dabei liegen die Ursachen für jedermann sichtbar auf der Hand. Für jedermann, der sich Birmingham und seine Slum-Vororte anschaut, was die britischen Konservativen sicher gern vermeiden. Birmingham verlor seit 1979 **190000 Arbeitsplätze.** Maggie Thatcher umschreibt diesen Prozeß so: die britische Industrie wird *„schlanker und fitter"!* Handsworth ist ein Viertel, daß von dieser Entwicklung besonders hart betroffen ist. Die Häuser und Wohnungen sind elend. Jede vierte Familie besitzt kein eigenes Bad und keine Toiletten, die Häuser sind feucht, die elektrische und sanitäre Versorgung miserabel.

In Handsworth leben 56000 Menschen, davon viele Jugendliche. Die Arbeitslosenrate in Handsworth liegt bei 50 Prozent. Viele der Langzeitarbeitslosen sind schwarze Jugendliche. Wöchentliches Arbeitslosengeld für sie: umgerechnet 64 Mark. In diesem Herbst dürfen sich nach der Zeitung „Guardian" höchstens 9 von hundert Jugendlichen Hoffnung auf einen Arbeitsplatz machen, demnächst, so schätzt man, nur noch zwei von hundert.

In dieser Umgebung passierte es dann. Der neue Polizeipräsident hatte schärferes Vorgehen in Handsworth befohlen. Letzte Woche Montag abend stoppte die Polizei einen Wagen mit Jugendlichen, die sie verdächtigte, das Auto gestohlen zu haben. Die Jugendlichen riefen einige an der Straße stehende Freunde — eine Schwarze ging zu Boden und einer der Jugendlichen aus Handworth berichtete: *„Was wir dann sahen, war Krieg, Mann!"*

Straßenschlachten mit der Polizei, Plünderungen, Brandstiftungen, die ganze Wut entlud sich in dieser Nacht. Noch mehr Polizei — Massenverhaftungen, das war die Reaktion der Oberen. Und der in der Presse als so unverständlich herausgestellte Kampf von Farbigen gegen farbige Ladenbesitzer, ist auch so unverständlich nicht. Die, die aufbegehrt haben, waren die Schwarzen, die heute auf der untersten Stufe der sozialen Leiter in England stehen. Die betroffenen Ladenbesitzer, in der Hauptsache Einwanderer aus Indien und Pakistan, sind meist sehr viel wohlhabender, ihre Kinder sind besser ausgebildet, sie haben mehr Chancen. Die Presse berichtete von einem schwarzen Jugendlichen, der erzählte: *„Glaubt ihr vielleicht, Schwarze hätten nichts im Kopf? Warum geht's den Indern besser? Weil sie Kredite von den Banken bekommen, um ein Geschäft aufbauen zu können. Wenn du dich als Schwarzer auf der Bank nach einem Kredit erkundigst, lachen sie dich nur aus — das ist Rassismus."*

Der schon erwähnte Polizeipräsident hatte nach den Unruhen noch eine weitere Erklärung parat: *„Vielleicht"*, so Geoffrey Dear, seien die Jugendlichen auch *„vom Fernsehen ermutigt"* worden, *„wegen der Übertragungen aus Südafrika"*. Die schwarzen Jugendlichen aus Handsworth fanden das gar nicht so abwegig. Einer von ihnen: „Jede Nacht sehen wir die Jungs dort, wie sie gegen die Apartheid zurückschlagen. Das gleiche passiert hier, Mann. Wir müssen zurückschlagen."

Meldungen

Bolivien

Generalstreik geht weiter

Der zunächst nur für wenige Tage ausgerufene Generalstreik in Bolivien geht immer noch weiter. Der Streik, der sich gegen die Abwälzung der Lasten der Wirtschaftskrise auf das Volk wendet, wurde vom Gewerkschaftsbund *„Central Obrera Boliviana“* (COB) ausgerufen. Die Regierung hat jetzt alle Verhandlungen mit der Gewerkschaft abgesagt, solange diese am Streik festhalte. Zur gleichen Zeit wurden alle großen Staatsbetriebe Boliviens unter direkte Kontrolle der Armee gestellt. Die Regierung übertrug der Armee die Kontrolle des staatlichen Fernmeldewesens, der Eisenbahnen, nationalen Transport und Luftfahrtunternehmen, der Erdölindustrie und der Elektrizitätswerke. Die Staatsbetriebe wurden zu „Militärzonen“ erklärt. Der Innenminister kündigte an, Gewerkschafter würden inhaftiert und vor Gericht gestellt, wenn sie Störungen in den betroffenen Staatsbetrieben verursachen würden.

Guatemala

Unruhen

Das Regime von Guatemala wird in der letzten Zeit durch Massenaktionen erschüttert. Nach extremen Preiserhöhungen, vor allem für Grundnahrungsmittel und den öffentlichen Verkehr, kam es zu vielen Demonstrationen. Polizei und Armee des mörderischen Mejia-Regimes reagierten mit blutigem Terror: mindestens zehn Menschen wurden getötet rund 1000 verhaftet.



Obwohl es mittlerweile einige Zugeständnisse gab, sind jetzt 12000 Lehrer in Guatemala in den Streik getreten. Sie fordern Gehaltserhöhungen sowie die Freilassung der rund 1000 kürzlich Verhafteten.

El Salvador

Duarte-Tochter entführt

Vor einer Woche wurde in der salvadorianischen Hauptstadt San Salvador die 38jährige Tochter des verhaßten Regierungschefs Duarte von Bewaffneten entführt. Dabei wurde einer ihrer Leibwächter getötet. Bis heute fehlt jede Spur von der Entführten.

An der Grenze Nicaraguas

Angriffe aus Honduras

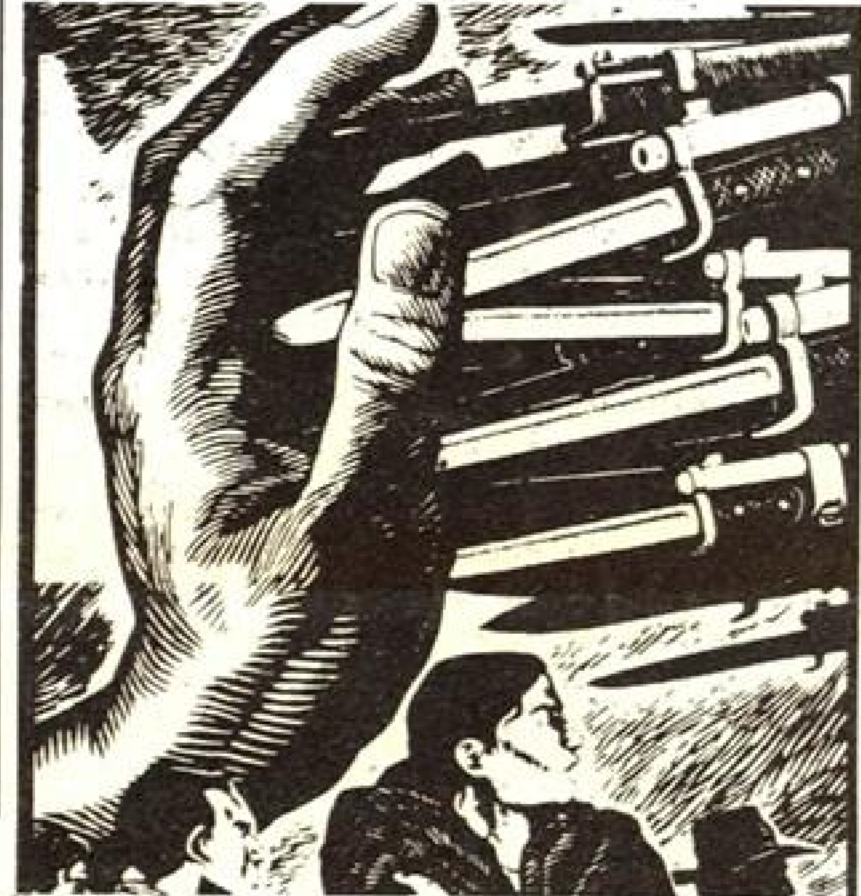
Zu heftigen Kämpfen ist es am vergangenen Wochenende an der honduranisch-nicaraguanischen Grenze gekommen. Nachdem die nicaraguanische Armee zunächst nur gegen antisandinistische Contras kämpfte, wurde sie plötzlich von honduranischer Armee angegriffen.

In Managua berichtete der nicaraguanische Staatschef Ortega, 800 aus Honduras eindringende Contras hätten mit honduranischer Luftunterstützung im Gebiet von Las Vegas in Nicaragua angegriffen. 1500 weitere Contras stünden bereit, um nach Nicaragua einzufallen. Ortega machte in Managua die USA für diese Aktion verantwortlich. Die Reagan-Regierung habe beschlossen, die sandinistische Revolution zu vernichten und wolle deshalb alle Friedensbemühungen der Contadora-Gruppe untergraben. Die honduranische Luftwaffe, die mit Abstand mächtigste der Region, habe sich darauf vorbereitet, weitere Angriffe auf Nicaragua zu fliegen. Außerdem stünden 12000 US-Soldaten in Honduras, um nötigenfalls ebenfalls einzugreifen. *„Jene, die glauben, sie könnten mit Unterstützung von Yankee-Truppen die sandinistische Revolution liquidieren, täuschen sich,* sagte Ortega auf einer Versammlung auf dem Platz der Revolution in Managua.

Honduras machte für seine Luftangriffe, bei dem ein nicaraguanischer Hubschrauber abgeschossen worden sein soll, die nicaraguanische Armee verantwortlich. Im Kampf gegen die Contra sei honduranisches Gebiet verletzt worden. Honduras hat seinen Botschafter aus Managua zurückberufen und hat seine Truppen in Alarmbereitschaft versetzt. Diese Maßnahmen, die eine große Bedrohung für Nicaragua darstellen sind auch eine direkte Unterstützung für die vielen Contra-Einheiten, die aus dem honduranischen Grenzgebiet heraus immer wieder Terrorakte gegen Nicaragua begehen. Sie haben jetzt praktisch offensiven Schutz der größten Militärmaschinerie in Zentralamerika.

Während der Krieg gegen Nicaragua heftiger wird, hat die sandinistische Regierung die USA-Regierung vor dem internationalen Gerichtshof in Den Haag angeklagt. Die Klage lautet auf *„militärische und paramilitärische Aktionen gegen Nicaragua“.* Mit Unterstützung von Zeugen, früheren CIA-Mitarbeitern, einem ehemaligen Rechtsberater des US-Senats und ehemaligen Contra-Leuten sollen die Verbrechen der USA bewiesen werden. Der stellvertretende Innenminister Nicaraguas, Luis Carron, berichtete vor dem Gericht von verstärkten Aktivitäten der Contras dank amerikanischer Hilfe, von in Honduras durch die USA eingerichteten Ausbildungslagern, dem durch US-Mitwirkung errichteten „Oberkommando“ der Contras und bewies die vielfältigen Aktivitäten von CIA-Offizieren bei den Verbrechen der Contra.

Die USA nehmen nicht an diesem Verfahren teil. Sie halten das Gericht in Den Haag nicht für zuständig und haben schon angekündigt, keinerlei Sprüche dieses Gerichts zu akzeptieren.



Nach Greenpeace-Attentat

Mitterands Provokation

Nach der bewiesenen Verwicklung des französischen Geheimdienstes in das Attentat auf das Schiff „Rainbow Warrior“ der Umweltschutzorganisation Greenpeace hat der französische Imperialismus eine zweite Provokation gestartet. Staatschef Mitterand reiste demonstrativ in das französische Atom-Testgebiet auf dem Mururoa-Atoll.

Markige Worte fand Mitterand während seines Aufenthaltes auf dem Murruroa-Atoll im Südpazifik. *„Mit Nachdruck und Entschlossenheit“* unterstrich er die *„Rechte Frankreichs im Südpazifik“.* Und sein Sprecher Michel Vauzelle sagte, die Entscheidung auf Neukaledonien einen *„glaubwürdigen“* Militärstützpunkt zu schafen und am Atomtestgelände Mururoa festzuhalten, entspräche dem *„Willen Frankreichs, in dieser Region präsent zu bleiben, seine Interessen und die Mittel seiner Unabhängigkeit und Freiheit zu bewahren“.* Darum gäbe es auch demnächst eine neue Atomtestserie auf Mururoa. Diese Sprüche bedeuten nichts anderes, als daß Frankreich für die Weiterentwicklung und Aufrüstung seiner Atomstreitmacht weiterhin eine ganze Region gefährden und verseuchen will und diesen Anspruch auch mittels Militär (auf Neukaledonien stationiert) absichern will.

„Wer sich Frankreichs Rechten im Pazifik entgegenstellt, wird als Feind betrachtet“, sagte „Sozialist“ Mitterand im Pazifik. Neuseeland hat begriffen, und der neuseeländische sozialdemokratische Ministerpräsident zog auch den logischen Schluß: Neuseeland und Frankreich sind Feindesländer. Und nicht nur Neuseeland und Australien und viele andere kleinere Staaten in der Region protestieren vehement gegen die Atom- und Machtpolitik Frankreichs im Südpazifik. Nach dem Attentat auf das Greenpeace-Schiff ist die Reise Mitterands nicht zuletzt deswegen eine große Provokation, weil sich erst vor Wochen viele Staaten der Region zusammengetan hatten, um eine atomwaffenfreie Zone im Pazifik zu schaffen.

Direkt gegen diesen Zusammenschluß hat Frankreich jetzt ein Koordinationskomitee für den Südpazifik gegründet. Diesem Komitee gehören an: die Hohen Kommissare für Polynesien und Neukaledonien (also die Vertreter der Kolonialmacht Frankreich im Pazifik) weiter die französischen Botschafter in Neuseeland, Australien, Japan, den USA und verschiedenen kleinen Staaten, sowie Vertreter der im Pazifik stationierten französischen Streitkräfte. An der ersten Sitzung nahmen unter anderen die in den Greenpeace-Anschlag verwickelten französischen Innen- und Verteidigungsminister teil und auch der für Neukaledonien (Kanaky) zuständige Sonderminister Pisani.

Den besten Rat an den französischen Staatspräsidenten gab die Besatzung des auf Friedensfahrt zum Mururoa-Atoll befindlichen neuseeländischen Schiffs „Alliance“. Es rief Mitterand auf, in der Lagune des Mururoa-Atolls doch zu baden und dort gefangenen Fisch zu essen. Leider hat es Mitterand nicht gemacht...

Chile — zwölf Jahre nach dem Putsch

Über 100 Verhaftungen am Jahrestag

In „bewährter“ Weise beging der faschistische Diktator Augusto Pinochet sein Dienstjubiläum. Als am 12. Jahrestag Menschen der gestürzten, demokratisch gewählten Regierung und deren ermordeten Repräsentanten gedachten, kam es zu Polizeieinsätzen und Massenverhaftungen.

Mindestens 136 Menschen wurden am 12. September festgenommen. Eine Gruppe von 50 Personen wurde verhaftet, als sie in der Nähe des Friedhofs von Santiago versuchte, einen Gedenkgottesdienst für die beim Militärputsch vom 11. September 1973 Getöteten abzuhalten. Damals war auch der gewählte Präsident Salvadore Allende ermordet worden. Zu den Teilnehmern dieser Versammlung gehörte auch die Schwester von Allendes Außenminister, Letelier, der kurz nach dem Putsch in Washington einem Attentat zum Opfer fiel.

Über Santiago war Ausgehverbot verhängt, trotzdem kam es immer wieder zu Kundgebungen, bei denen die Polizei allein mindestens 71 Personen festnahm. Nicht zu verhindern waren große Stromausfälle im Lande, die schon zur „Tradition“ der Proteste gegen das Militärregime gehören. Von Copiapo im Norden bis Valdivia im Süden kam es zum Teil zu langen Stromausfällen, nachdem verschiedene große Überlandleitungsmasten durch Sprengstoffanschläge zerstört worden waren.

Staatschef Pinochet hat in seiner Rede zum zwölften Jahrestag des Putsches von '73 wieder einmal den Kampf gegen den Kommunismus als Ziel seiner Herrschaft bezeichnet. Diesen Kampf bezeichnete er als den wichtigsten seiner Tätigkeit, die er, ungeachtet aller Proteste weiterhin bis 1989 weiterführen will. Scharf ging er sogar mit der bürgerlichen Opposition ins Gericht, die unter Ausschluß der linken Kräfte ein Abkommen abgeschlossen hat. Das Bündnis der Mitte-Rechts-Parteien gewinnt auch bei vielen Geschäftsleuten an Sympathie.

„Die Streitkräfte“, so Pinochet, würden *„ihre Verpflichtung nicht aufgeben“.* Und diese Verpflichtung ist die gleiche, die zum blutigen Putsch von 1973 führte — die Verpflichtung, eine eigenständige Entwicklung des Landes zu verhindern, alle demokratischen Regungen zu unterdrücken und die Linke im Lande zu zerschlagen. Heute wie früher ein schmutziges Werk im Auftrag des US-Imperialismus. Die Forderung in Chile und in vielen Teilen der Welt aber kommt nicht zum verstummen: **Nieder mit Pinochet — Freiheit für Chile!**



In der vergangenen Woche in Bremen. Eine Solidaritätskundgebung für die Völker Chiles und der Türkei. Zwei traurige Jubiläen — der Putsch in der Türkei vor fünf Jahren und in Chile vor 12 Jahren — waren der Anlaß.

Sabra und Shatila niemals vergessen

Von Donnerstag, den 16. September bis Freitag den 17. September 1982 verübten Uniformierte der christlichen Falange unter den Augen der israelischen Truppen ein Massaker an den palästinensischen Bewohnern der Flüchtlingslager Sabra und Shatila in Beirut. Mit unvorstellbarer Grausamkeit machten sie mit Zustimmung der israelischen Besatzer Tausende von Kindern, Frauen und alten Menschen nieder.

Der verantwortliche Kriegsminister Sharon wurde nicht für das Massaker zur Rechenschaft gezogen.

Sabra und Shatila bleiben eine immerwährende Anklage gegen Israel. Die Wunden von Sabra und Shatila werden vernarben, ihre Spuren bleiben.

Es lebe das freie Palästina!

(Ein Text der Informationsstelle Palästina vom 13.9.85)

Was bedeutet Sicherheitspartnerschaft?

Fortsetzung von Seite 1

demonstrative „Dank" gilt wohl weniger den Wehrpflichtigen, sondern ist als Reverenz an die Militärs zu verstehen.

Die ganze Absicht, von der dieser Antragsentwurf durchzogen ist, ist es, ein Konzept einer alternativen bürgerlichen Militärpolitik darzustellen. Die im Text immer wieder vorkommende Reverenz an die Modelle der Schweiz und Schwedens unterstreichen dies deutlich.

In diesem Zusammenhang werden die verschiedenen Konzepte vorgestellt: die Reduzierung der Wehrpflichtigendienstzeit ebenso wie die — ausgesprochen vorsichtig angesprochenen — Möglichkeiten eines Rückzugs von USA und UdSSR aus Europa. Eine stärkere Kaderung der Truppe bei besserer Mobilisierung von Reservisten, Verbindung mit einem Modell der Heimatschutztruppe — alles das paßt in das Bild einer solchen Alternative und wurde auch bei anderen militärpolitischen Debatten bereits von anderen Seiten aus angeführt.

Was diese Darstellung abrundet, ist die sogenannte Sicherheitspartnerschaft als Leitlinie künftiger Militärpolitik. Auch diese geht selbstverständlich von den eingangs getroffenen grundsätzlichen Beurteilungen aus, etwa, daß USA und UdSSR den Frieden in Europa bisher gesichert hätten.

„Es ist von daher offenkundig, daß die Verantwortung für die gemeinsame Absicherung des Friedens nur noch gemeinsam und nicht gegeneinander gewährleistet werden kann. Die Vorstellung in Ost und West, man könne einen einseitig zu gestaltenden Weg zur Sicherheit in Europa finden, muß der Einsicht in die Notwendigkeit der Sicherheitspartnerschaft weichen. Im Zuge einer zweiten Runde der Ostpolitik will die SPD dafür sorgen, daß das Ost-West-Verhältnis aus den Fesseln der Konfrontation befreit und in Richtung auf eine Gestaltung der Sicherheitspartnerschaft durch Umstellung von Strategien, Strukturen, Bewaffnungen und Verhandlungen über Rüstungskontroll- und vertrauensbildenden Maßnahmen hinentwickelt wird."

Ohne Zweifel ist dies ein anderer politischer Ansatz als der heute in NATO-Kreisen übliche. Wenn von Sicherheitspartnerschaft gesprochen wird, bedeutet dies zunächst einmal ein anderes Herangehen, als wenn die Grundlage des Handelns das Streben nach militärischer Überlegenheit ist. Zum Aufbau einer Atmosphäre der Konfrontation eignet sich diese Herangehensweise wenig.

Trotzdem bleibt es eine bürgerliche, falsche und gefährliche Leitlinie, geht sie doch von der Voraussetzung aus, daß alle Seiten eigentlich den Frieden wollen. Der Beispiele, daß dem nicht so ist, ließen sich genügend anführen, auch aus der jüngsten Zeit. Die Politik einer sol-



chen Sicherheitspartnerschaft hatte ja bereits, wenn auch unter anderem Namen, bereits vor 10 Jahren, bei der sogenannten Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Helsinki ihren ersten und auch bisher einzigen Höhepunkt, ohne daß auch nur im entferntesten geurteilt werden könnte, sie habe den Frieden sicherer gemacht.

Aber andererseits beginnen zugleich hier diejenigen Fragen, in denen dieser Antragsentwurf im Gegensatz nicht nur zur heute ausgeübten Politik steht, sondern auch mit der in der BRD stets besonders gepflegten Heiligtümern der NATO-Ideologie.

Wenn Bülow als Voraussetzung einer solchen Sicherheitspartnerschaft die Anerkennung aller europäischen Grenzen nennt und sich dabei sowohl auf Polen als auch auf den Staat DDR bezieht, so wird da in der Tat eine Frontlinie mit revanchistischer Politik sichtbar.

Insbesondere trifft dies auch zu für die verschiedenen Überlegungen in bezug auf die bundesdeutsche Panzerstrategie. Zwar mag sich von Bülow nicht dazu durchringen, die aus eigenen Ausführungen eigentlich naheliegende Schlußfolgerung zu ziehen, daß das Gewicht der Panzerwaffe durchaus etwas mit dem Grad der Aggressivität der betreffenden Armee zu tun hat — aber: Indem er sich für die Reduzierung der Panzerrüstung zugunsten der Panzerabwehr ausspricht, rührt er an ein zentrales Element speziell westdeutscher andere heilige Kühe imperialistischer Militärpolitik in der BRD zu. Etwa die Verkürzung der Wehrdienstzeit: Sie steht ja nicht nur im Zusammenhang mit einer anderen Auffassung über den grundsätzlichen Aufbau der Armee, sondern sie bezieht auch Position in der aktuellen (mehr oder minder) Debatte um die Länge der Wehrdienstzeit. Und wendet sich, wenn auch beschränkt, gegen das hierzulande besonders gepflegte Dogma von der Größe des stehenden Heeres.

Militärstrategie.

In allen bisherigen Planungen der Bundeswehr spielten die Leoparden eine ganz entscheidende Rolle — auch bei solchen Überlegungen, die eine Stärkung der deutschen imperialistischen Armee anstelle der US-Streitkräfte beabsichtigen, spielen sie jeweils eine zentrale Rolle.

Die hektische Reaktion auf Seiten der CDU (und einiger Rechtsaußen in der SPD) ist selbstverständlich von dem bereits eingeleiteten Wahlkampf für die 87 er Bundestagswahl geprägt mit dem Versuch, die SPD sozusagen in die Rolle des „Russenknechts" zu stellen. Ein Vorwurf, der angesichts der eingangs erfolgten Beurteilung in der Tat als sehr weit hergeholt betrachtet werden muß. Aber diese Hektik der Konservativen hat eben auch mit dem Angriff auf einige heilige Kühe bisheriger bundesdeutscher Militärpolitik zu tun, die da beinhaltet sind.

Und genau insofern, nicht mehr und nicht weniger, stellt dieses Bülow-Papier eine Möglichkeit dar, wie sich gezeigt hat, überhaupt erst einmal in eine Debatte über diese Dogmen der Militärpolitik in größeren Kreisen der Öffentlichkeit einzusteigen. Das heißt keinesfalls zum Befürworter dieses Antragsentwurfs zu werden. Das heißt aber diese so entstandenen Möglichkeiten zu nutzen, um eigene Auffassungen, etwa auch über die NATO insgesamt, in diese entstandene Debatte einzubringen.

Sicherlich gibt es in diesem Zusammenhang noch mehr zu sagen: Etwa über die Losung „strukturelle Angriffsunfähigkeit für alle Armeen", nicht nur über ihren Realitätsgehalt, sondern auch ihre eigentliche Bedeutung — und andere Fragen mehr. Dies wird auch geschehen, allein dürfte es an einer grundsätzlichen Beurteilung des Papiers wenig ändern.

Beileidstelegramm

An Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands, Dortmund

Der plötzliche Tod des Genossen Ernst Aust hat uns tief getroffen. Die albanischen Kommunisten und das albanische Volk ehren und respektieren Genossen Ernst Aust als den Begründer der Kommunistischen Partei Deutschlands und als einen Führer, der lange Zeit an ihrer Spitze stand, seinen Beitrag zur Festigung und Entwicklung der revolutionären marxistisch-leninistischen Bewegung in Deutschland leistete und dafür kämpfte. Genosse Ernst Aust war ein guter und aufrichtiger Freund der PAA und des sozialistischen Albaniens, er hat als Internationalist für die Festigung der Freundschaft zwischen unseren beiden Parteien und unseren beiden Völkern gearbeitet. Wir bekunden hiermit unser tiefes Beileid zum Ableben des Genossen Aust.

Zentralkomitee der Partei der Arbeit Albaniens

Programmanträge zur Frauenfrage

Auf seinem letzten Plenum hat das ZK der KPD über Änderungsanträge zum vorliegenden Programmentwurf zur Frage des Kampfes gegen gesellschaftliche Unterdrückung der Frauen diskutiert. Das Zentralkomitee beschloß, auf dem bevorstehenden Sonderparteitag folgende Änderungen bzw. Erweiterungen zu beantragen. Die angegebenen Seitenzahlen beziehen sich auf den Abdruck des Programmentwurfs im „Kommunist". Die Angaben in Klammern beziehen sich auf den Abdruck in der ‚gemeinsamen Beilage'.

Antrag 1

Seite 2 (S. 17, Spalte 1)

... letztlich vom Fortschritt der Arbeiterbewegung ab.

Das heißt nicht, daß alle sozialen Bewegungen im Kapitalismus umstandslos dem Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit unterzuordnen sind. Es beinhaltet vielmehr die Notwendigkeit des Unterstützens aller Bestrebungen, die sich gegen jegliche Art von Diskriminierung, Unterdrückung und Ausbeutung wenden.

Dies gilt vor allem für den Kampf der Frauen gegen ihre besondere Unterdrückung durch patriarchalische Strukturen der kapitalistischen Gesellschaft.

Das sagen wir auch in Abgrenzung zu jener schlechten Tradition der Arbeiterbewegung, einschließlich ihres kommunistischen Teils, die den Widerspruch zwischen Mann und Frau schematisch als Nebenwiderspruch abtut, um der Frauenbewegung jede eigenständige Rolle abzusprechen. Um die Frauen, also mehr als 50 Prozent unserer Bevölkerung in den Kampf um Freiheit und Sozialismus einzubeziehen, muß die Arbeiterklasse beides, den Kampf der Frauen gegen die sie ausbeutenden Kapitalisten und den Kampf der Frauen gegen den sie unterdrückenden Mann unterstützen.

Indem die Arbeiterklasse ...

Antrag 2

Seite 4 (Seite 17, Spalte 3)

... in die Familien verlegt werden.

Frauen fungieren im Kapitalismus als industrielle Reservearmee. Entsprechend dem Arbeitskräftebedarf der Unternehmer werden sie in Perioden starker Ausweitung der Produktion zwar verstärkt zum Eintritt in das Erwerbsleben bewegt, aber in Zeiten hoher Massenarbeitslosigkeit unter großem Druck aus dem Erwerbsleben gedrängt. Frauenlöhne sind niedriger als Männerlöhne und die Arbeitsmöglichkeiten von Frauen sind im allgemeinen nur auf bestimmte Berufe beschränkt. Diese besonders gedrückte ökonomische Stellung der Frau ist nur möglich, weil die bürgerliche Gesellschaft die historisch vorgefundene gesellschaftliche Unterdrückung der Frau fortsetzt, zum Teil entsprechend den kapitalistischen Herrschafts- und Gewinninteressen modifiziert.

Nach wie vor wird die Rolle der Frau vor allem in den Schranken der Familie definiert, wo sie durch unbezahlte und gering geschätzte Arbeit vor allem die gesellschaftlich „bedeutende" Tätigkeit der Männer zu ermöglichen haben. In allen Klassen der bürgerlichen Gesellschaft existiert die Vorherrschaft des Mannes über die Frau: Ungleichstellung im politischen Leben und in der Öffentlichkeit, rechtliche und soziale Benachteiligung, ökonomische Abhängigkeit vom Mann, Gewalt gegen Frauen, sexistische Diskriminierung — die Unterdrückung der Frau erfaßt alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens.

Auf breiter Front greift die Reaktion erkämpfte demokratische Rechte der Werktätigen an, versucht sie...

Antrag 3

Seite 7 (Seite 19, Spalte 1)

... sozialen Widerstandspotentials erwarten.

Unverzichtbar für die Einheit der Arbeiterklasse wird auch der Kampf gegen die Unterdrückung und Diskriminierung der Frauen sein. Je ernsthafter die Arbeiterklasse diesen Kampf unterstützt und selbst führt, um so eher wird sie die in der doppelten Unterdrückung der Frauen liegende Spaltung der Arbeiterklasse überwinden.

Der notwendige Kampf um die Einflußnahme auf die staatliche Politik ...

Antrag 4

S. 10/11 (Seite 20, Spalte 1)

... zu reißen, entschieden weiterführt.

Dann letzter Absatz dieses Kapitels:

Ohne Unterdrückung der Konterrevolution ... bis ... Aktion der werktätigen Massen selbst vollziehen.

Denn Macht und Freiheit der Arbeiterklasse im Sozialismus beinhaltet den Auftrag, das Selbstbestimmungsrecht der Frauen anzuerkennen und die Frauen in ihrem Kampf, die gesellschaftliche Vorherrschaft des Mannes abzuschaffen, aktiv zu unterstützen. Das beinhaltet ein Infragestellen der Familie — der „Keimzelle" der alten Gesellschaftsordnung —, die die Stellung der Frauen und Kinder als unselbständige Wesen manifestiert. Es erfordert eine Sozialisierung der von den Frauen bisher unentgeltlich geleisteten Arbeiten im Bereich der Reproduktion, d.h. nicht nur weitestgehende Vergesellschaftung der Hausarbeit, sondern vor allem auch eine andere, ökonomisch unabhängige Stellung der Frauen, Jugendlichen und Kinder in der neuen Gesellschaft.

Weiter:

Die Lösung von Widersprüchen ... Massen voraus. Kurz gesagt: Die Fortführung ... bis ... Fortschreiten zum Kommunismus.

Antwort auf den Leserbrief von A.S. aus Gelsenkirchen „Wendebilanz à la Sozialdemokratie"

Trotz aller Zahlenspielereien — Die Wende 82/83 fand statt

Vorweg einige Anmerkungen zur redaktionellen Aufmachung und zum Stellenwert des im Leserbrief von Genossen Alfred Schröder kritisierten Artikels „Zwischenbilanz der Bonner Wende".

Der Artikel ist einer von mehreren Diskussionsbeiträgen für eine Debatte, die in unserem ZK vor der Sommerpause zur Zwischenbilanz „2 1/2 Jahre Bonner Wende" geführt wurde. Da dies nicht kenntlich gemacht ist, und leider keiner der anderen Beiträge, sondern lediglich der Bericht über die ZK-Sitzung im RM veröffentlicht wurde, kann, zumal durch die unglücklich gewählte Überschrift seitens der Redaktion, der falsche Eindruck entstehen, dies sei nun alles gewesen, was zur Wende gesagt wurde.

Tatsächlich befaßte sich der abgedruckte und von A.S. kritisierte Beitrag von mir vor allem mit den Feldern der Innen- und Sicherheitspolitik der Bonner Rechtskoalition und ging nur einleitend auf einige Fakten und Erwartungen der Krisenentwicklung und der sozialreaktionären Offensive der CDU/CSU/FDP-Regierung ein, um den innen- und sicherheitspolitischen Kurs der Wenderegierung auf dem Hintergrund der wirtschaftlichen Entwicklung und im richtigen Verhältnis zu den Angriffen auf die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung zu sehen. Dieses Feld der Wendepolitik wurde in unserer Debatte und auch schon in vielen RM-Artikeln insbesondere in Auswertung des Kampfes um die 35-Stunden-Woche und die reaktionären Vorstöße der konservativen Kräfte gegen Arbeiterschutzrechte, soziale Sicherungssysteme und Gewerkschaften diskutiert.

Die Kritik von A.S. geht nun ausschließlich auf die Einleitung meines Artikels ein, in der öffentlich bekannte und diskutierte Zahlen über wirtschaftliche Entwicklung und Sozialabbau, wie sie aus verschiedenen gewerkschaftlichen Veröffentlichungen, wie zuletzt dem Papier „Widerstand gegen Sozialabbau" der IG Metall Baden-Württemberg und den jüngsten Veröffentlichungen der alternativen Memorandum-Gruppe, bekannt sind, angeführt sind. Dabei versucht A.S. zu beweisen, daß der Autor des Artikels nicht nur die Quellen seiner Zahlen, sondern vor allem die Tatsache zu verschweigen suche, daß die frühere Schmidt/Genscher-Regierung mit ihren Haushaltsoperationen ja schon erheblichen Sozialabbau betrieben und schließlich ja auch den Haushalt 1983 mit seinen Folgen für die Jahre bis 1985 auf den Weg gebracht und damit auch zu einem gut Teil zu verantworten habe.

Und er kommt zu dem Fazit und der eigentlichen Absicht des Leserbriefes: Der Autor nennt keine Quellen und verschweigt Zusammenhänge zugunsten der SPD' um diese, wie es die KPD ja auch in ihrem Programmentwurf tue, die SPD von reaktionärer Politik freizusprechen und so „eine der politischen Parteien des Kapitals" zu hofieren. Der Regierungswechsel sei eben keine Wende gewesen, die Kohl-Regierung führe nur fort, was Schmidt und Co. auch schon gekonnt hätten.

Ich will, bevor ich auf den falschen Kern des Zahlenspiels und die falschen Schlußfolgerungen durch A.S. zu sprechen komme, doch erst einmal versuchen, sein Bemühen, mit Hilfe der Angaben aus dem VSA-Buch den Anteil der Schmidt-Regierung an der Haushaltsoperation 1983 herauszufinden, fortzusetzen. Denn ich und unsere Partei stimmen völlig damit überein, daß die frühere sozialliberale Koalition in ihren Haushaltsoperationen seit Beginn der 80er Jahre, allein in der vom September 1981, dann der sogenannten Gemeinschaftsinitiative für Arbeit, Stabilität und Wachstum vom Februar 1982 erhebliche Umverteilungen zum Kosten der Werktätigen in Höhe von ca. 60 Mrd. DM bewerkstelligte und mit ihren Vorhaben, Beschlüsse und Gesetzen im Juli 1982 weitere 31 Mrd. (ohne Erhöhung der MWSt) projektierte für das Jahr 1983 und die folgenden bis '85. Sie lag mit ihren Planungen für die Jahre 1983-85 jährlich „nur" ca. 6 Mrd. DM niedriger als die neue Rechtsregierung mit ihrer Haushaltsverabschiedung für 1983. Daß sich übrigens im Anfang der Wende-Regierung **quantitativ** nicht viel auffallend anderes tat, wird in meinem Artikel mehrfach gesagt. Konkret heißt es z.B. im Einleitungsteil: „Die neue Regierung der Rechtskoalition verfuhr zunächst zurückhaltend. Faktisch beschränkte sie sich zuerst auf einige Korrekturen des Haushalts für 1983". Man könnte auch sagen, im wesentlichen brauchte sie sich und mußte sich auch darauf beschränken, obwohl sie im Kleinen auch neue Akzente setzte.

Sie erhöhte die Neuverschuldung angesichts der 500000 mehr Arbeitslosen auf die vorher scharf angegriffene Rekordhöhe von 42 Mrd. DM, sie setzte die vorher torpedierte Erhöhung der MWSt (mit 20 Milliarden Belastung) jetzt in Kraft, und sie setzte in wichtigen Details auch schon einen auf die Schmidt/Genscher-Regierungs-Planungen drauf: 600 Mio. für die Finanzierung der Kernreaktoren in Kalkar und Schmehausen, schichtete bei der Post 600 Mio. zugunsten der Breitbandverkabelung um, strich weitere 915 Millionen beim Kindergeld und in anderen konsumtiven Bereichen nochmals 1,2 Mrd.

So interessant und untersuchenswert dies alles im einzelnen ist, darf es eben nicht den Blick auf das Entscheidende, die kleine Änderung oder wohl besser doch große Wende verstellen. Die Unionsparteien konnten die Haushaltsoperation '83 jetzt von der Regierungsbank aus durchsetzen und taten dies mit dem gewendeten Genscher/Lambsdorff-Flügel der FDP in der Folge mit reaktionärerer Beschleunigung, während die SPD-Spitzen dazu seit dem 2. Oktober 1982 keine Gelegenheit mehr hatten. Sie wurden gestürzt, abserviert, auf Betreiben der einflußreichen Kreise des Unternehmertums, die Schmidt 1980 zum Teil noch gegen Strauß favorisiert hatten, und obwohl sie doch, wie A.S. und die Zahlen belegen, in den Operationen zu Beginn der 80er Jahre 100 Mrd. DM ganz im Sinne der bundesdeutschen Wirtschaftsbosse in den Haushalten umverteilt hatten.

Immer heftiger meldeten sich im Laufe des Jahres 1982 die Spitzen der Kapitalistenverbände zu Wort, kritisierten die Schritte der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung trotz der 100 Milliarden immer heftiger als halbherzig und inkonsequent und forderten neue Qualitäten der Eingriffe ins soziale Netz, in die Sozialversicherungssysteme, des Krisenmanagements, eben eine Wende, wie sie dann Lambsdorff in seinem berüchtigten Papier fast wortgleich als Sprengsatz für die Koalition formulierte. Die Wende ist kein Märchen und auch keine Erfindung der Sozialdemokraten, sondern sie war das Ziel und Forderung der Bosse aus den Chefetagen der Konzerne und Banken, die wie Flick auch Milliarden lockermachten, um sie zu bewerkstelligen.

So formulierte die BDA (Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände) im März 1983 in seinem Jahresbericht für 1982: „Mit dem Versuch einer wirksamen Konsolidierungspolitik stieß schon die sozialliberale Koalition im vergangenen Jahr an die Grenze der politischen Durchsetzbarkeit bei den Sozialdemokraten und den deutschen Gewerkschaften. Das Haushaltskonsolidierungsgesetz — die sogenannte Operation '82 — konnte nur mit äußersten Anstrengungen und unter ernsten Belastungen für die Regierungskoalition in die Tat umgesetzt werden."

Das Präsidium des BDI forderte am 6.9.1982 unmißverständlich: „Ein rascher und entscheidender finanz- und wirtschaftspolitischer Kurswechsel ist geboten. Mit einer bloßen Kurskorrektur ist es nicht getan. Kompromißgeschwächte Regierungsbeschlüsse, die entgegen klaren ökonomischen Erfordernissen darauf gerichtet waren, Entlastungen der Wirtschaft zugleich neue Belastungen entgegenzustellen, haben ihre negative Wirkung längst erwiesen."

Und Christians von der Deutschen Baknk sprach's offen aus: „daß mit Ernst und Nachdruck die Bildung einer handlungsfähigen Regierung vorangetrieben wird."

Und in der Tat war die vom Großkapital geforderte und von der sozialliberalen Koalition bis dahin eingeleitete Politik der Umverteilung von „unten nach oben" in der SPD und beträchtlichen Teilen der Gewerkschaften zunehmend auf Widerstand gestoßen. Ausdruck waren die ersten Protestaktionen in Stuttgart 1981 und die Vorbereitung der großen bundesweiten Aktionen im Herbst 1982.

Es wird den durchaus dramatischen und was die politischen Weichenstellungen angeht, wichtigen Ereignissen des Jahres 1982 nicht gerecht mit trockenem pseudowissenschaftlichem Zahlenaufrechnen vergessen machen zu wollen, daß in diesem Jahre und an der Jahreswende 1983 in dieser Republik alles andere als ein Klima und Kurs der Kontinuität herrschte: Höhepunkt der Krise mit 2 1/2 Millionen Arbeitslosen, immer offenere und vor allem öffentliche Einmischung der Unternehmer in die politischen Geschäfte, erstmals größere gewerkschaftliche Aktionen gegen eine SPD-geführte Regierung, Wahlniederlagen und Identitätskrise jener SPD und dann ihr Sturz von den Regierungsbänken, Wahlerfolge der Grünen, Erschütterungen und Veränderungen, die man sicher realistisch einschätzen soll, die aber mit dem Regierungswechsel als politischem Höhepunkt tatsächlich eine Wende darstellten hin zu einem qualitativ reaktionäreren Kurs der Krisenbewältigung nach innen und außen. Diese Wende ist längst nicht zu Ende und voll durchgezogen. Die Reaktion hat per George, Albrecht und anderen Vordenkern aus ihren Reihen schon weitergehende Vorstellungen artikuliert. Und die Wende hat eine Vorgeschichte. Sie wurde unter Mitwirkung der sozialdemokratischen Spitzenpolitiker vorbereitet und angebahnt. Sie setzte um die Mitte der 70er Jahre auf dem Hintergrund der weltweiten Krise ein, dem Überschreiten der 1 Million Arbeitslosen in diesem Land. Dies drückte sich aus im Ende sozialpolitischer Reformpolitik und dem Kanzlerwechsel Brandt/Schmidt, dem wurde seit dieser Zeit in allen Denkschriften der Unternehmerverbände zunehmendes Gewicht geschenkt. Die Herausforderungen an die Gewerkschaften wurden verstärkt. Verfassungsgerichtsklage der Unternehmer gegen das laue Mitbestimmungsgesetz, der Tabu-Katalog, die Aussperrungen in der Druck- und Metallindustrie und dann am Vorabend des neuen Krisenanbruchs zu Beginn der 80er Jahre die Kanzlerkandidatur von Franz Josef Strauß. In dieser Zeit der Vorstöße der reaktionärsten Kräfte im Unternehmer- und politischen Lager samt ihres Anhangs hatten die rechten Sozialdemokraten um Schmidt und Co. nichts Besseres zu bieten, als die Krisenbewältigung auf dem Rücken der Werktätigen zu verschärfen, dem Druck der reaktionärsten Kreise immer mehr nachzugeben, wobei ihnen ihre Partei folgte. Die Politik sozialpolitischer Stagnation wurde 1981 durch erste größere Schritte in Richtung Sozialdemontage, eine neue Stufe des Sozialabbaus abgelöst, auf dem Hintergrund jener Krise und solcher Arbeitslosenzahlen, die die SPD in ihren programmatischen Schriften für die 80er Jahre überhaupt nicht für vorstellbar hielt. Mit diesen Maßnahmen 1981, in das A.S. die Wende legt, leitet die Regierung Schmidt zugleich auch ihren Niedergang ein, verliert sie im Massenbewußtsein, in der eigenen Partei und bei den Gewerkschaften immer mehr an Rückhalt. Sie erweist sich als nicht länger fähig und geeignet, Politik für die Unternehmer, drastische Schritte gegen die arbeitenden Menschen und Benachteiligten in der Gesellschaft zu machen und diese gleichzeitig bei der Stange zu halten und den sozialpartnerschaftlichen Frieden aufrechterhalten zu können. Damit hatte der Mohr seine Schuldigkeit getan und konnte gehen.

Etwa in diesem Rahmen ist doch wohl das Bonner Wendemanöver zu sehen und sollte auch die Politik der SPD und ihre Bewertung im Spiel der politischen Kräfte gesehen werden. Ohne Frage, und dies ist ein Mangel des Artikels von mir, wird dort nicht auf die SPD-Politik, insbesondere heute in der Opposition, eingegangen. Dies sollte unbedingt, in die Debatte kommen. Dabei bin ich sicher, daß als deren Ergebnis eine differenziertere Einschätzung herauskommt, als die SPD sei „eine politische Partei des Kapitals", und damit hat sich's.

U.L.

PINWAND

Parteiveranstaltungen, Treffs, Termine

DORTMUND

Veranstaltung zur Solidarität mit dem Befreiungskampf in Südafrika

Es sprechen:

Ein RGO-Betriebsrat (Hoesch): Wirtschaftsbeziehungen Dortmund - Südafrika. Hans Hücking (Mitglied im Verwaltungsrat der Stadtsparkasse für die Fraktion der Grünen): Die Beziehungen der Stadtsparkasse zu Südafrika. Philip Mokgadi (PAC): Über den Befreiungskampf in Südafrika. A. Frömmelt (Evangelische Frauenarbeit in Deutschland): Über die Solidaritätsaktionen mit dem Befreiungskampf.

Es spielt:

Die Gruppe „IZWE LETHU"
Veranstalter: AK Südafrika in den Vereinigten Kirchenkreisen Dortmund; Autonome Gruppen aus Dortmund; Bund Westdeutscher Kommunisten; Kommunistische Partei Deutschlands; Kommunistischer Bund; Pax Christi; Pan Africanist Congress of Azania; KV Dortmund der Grünen; Die Grünen im Rathaus; Redaktion Buntspecht.

Zeit:

Freitag, den 20. September, 19.30 Uhr

Ort:

Kreuzsaal der Kreuzgemeinde, Kreuzstraße 61, Dortmund 1

Beitrag zur Programmdebatte

Wo ist der soziale Inhalt der Revolution?

Den vorliegenden Programmentwurf finde ich grundsätzlich erst mal gut, v. a. deshalb, weil er sich traut, neue grundsätzliche Positionen zu beziehen und alte grundsätzliche Positionen zu überwinden. Insofern stimme ich voll mit den Ausführungen des Genossen Marian/Tirana im RM 27-28/1985 überein, der sehr gut die historische Abhängigkeit bestimmter „grundsätzlicher Positionen" aufzeigt.

Schade beim Programmentwurf finde ich jedoch, daß er immer noch hinter dem Diskussionsstand der Partei, wie er sich in dem TO zu Marx/Engels (z.B. in der Verwaltungsfrage der Kommunen, in Richtung Dezentralisierung der Macht, Polizei ohne politische Funktion) oder sogar schon in den Thesen vom November 1984 widerspiegelt, zurückbleibt. In dieser Richtung sollte er unbedingt ergänzt werden, v. a. deshalb, weil das Punkte sind, die deutlich machen, wie hoch die Emanzipation und Denkfähigkeit des/r Normalbürgers/in von uns geschätzt wird.

Aber auch diese Änderungen würden an der grundsätzlichen Kritik am Programmentwurf nichts wesentlich ändern. Diese bezieht sich darauf, daß **nicht der „soziale Inhalt" (s. TO zu Marx/Engels) der Revolution zum Programm gemacht wird, sondern die revolutionäre Form der neuen Gesellschaft.** Anders ausgedrückt: Ich kämpfe doch nicht für den Sozialismus, weil dort die Arbeiterdemokratie verwirklicht wird, die Macht dezentralisiert und später mehr und mehr aufgelöst wird, Wirtschaftspläne demokratisch erstellt werden usw. usw., sondern weil ich in einer vernünftigen nicht zerstörten Umwelt leben will, wo ich wenig entfremdete Arbeit machen muß, wo ich glücklich und sicher vor Elend mit Freundinnen und Freunden, mit Kindern und Eltern leben, neue Lebensformen ausprobieren kann, wo mein Geist, meine Geschicklichkeit gefordert wird für sinnvolle Dinge usw. Dieser „soziale Inhalt" ist das Programm, für das wir Kommunistinnen und Kommunisten kämpfen, und um dieses Programm umsetzen zu können, brauchen wir neue Formen in der Gesellschaft. Von der technologischen Entwicklung der Gesellschaft her ist dieses Leben heute schon möglich, nur politisch nicht! Da gibt es Machtstrukturen, die das verhindern: kapitalistische Machtstrukturen. Aufgrund historischer Analysen wissen wir als KP, daß diese neue Gesellschaft der Sozialismus mit neuen Formen ist: Arbeiterdemokratie, Wirtschaftsdemokratie, Machtdezentralisierung usw.

Liest man jedoch den Programmentwurf, weiß man nur sehr vage, weshalb man für den Sozialismus ist. **Sozialismus ist aber nicht das Ziel, sondern ein menschenwürdiges Leben und dafür braucht man den Sozialismus als Instrument!** Indem der Programmentwurf es vermeidet, das menschenwürdige Leben zum Programm zu machen und es programmatisch zu beschreiben, vermeidet es die inhaltliche Diskussion darum, was Ziel des Programms ist. Aber nur damit können wir positiven Einfluß nehmen auf die gesellschaftliche Entwicklung in der BRD und Westberlin. **Die Menschen wollen doch zu Recht wissen, was sie sozialistisch organisieren und planen sollen, wie inhaltlich die Zerstörung der Umwelt, die Arbeitslosigkeit, das soziale Elend usw. überwunden werden soll.** Und genau das muß konkreter im Programm gefaßt werden, muß sozusagen das Herz des Programms sein, damit nicht die Meinung entsteht, was nützt es mir, wenn ich Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit usw. mitorganisiere, wenn die neue Form mir nicht konkret einen Ausweg weist.

Wenn ich das feststelle, geht es mir nicht um eine detaillierte Gesamtdarstellung einer zukünftigen sozialistischen Gesellschaft. **Aber es geht durchaus darum, daß in unserem Programm die für die Gesellschaftsentwicklung typischen Merkmale aufgegriffen werden und angestrebt werden. „Typisch" hier gemeint als das zukünftige Neue, was heute schon erkennbar in der alten (BRD-)Gesellschaft existiert, aber am für die Bevölkerung positiven Durchbruch gehindert wird.** Im folgenden stelle ich mal einige Fragen auf, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit haben und auch keine Festlegung der Reihenfolge bedeuten, die aber im Bewußtsein breiter Bevölkerungsteile existieren:

- Streben wir ein fortdauerndes Wirtschaftswachstum an — quantitativ oder qualitativ?
- Kann man nicht eigentlich sehr viel an Produktion einstellen, die unnötig ist (Verschleißwirtschaft, Rüstungsproduktion, usw.)?
- Autoorientierung der Gesellschaft — Nahverkehr, Schienenverkehr?
- Umstellung der Produktion auf sinnvolle Waren — möglich?
- Einkommensminimum, Rentenminimum?
- Neue Technologien und ihre Chancen — ist doch eigentlich gut, wenn z.B. die Autolackierung von Maschinen übernommen wird, aber Arbeitsplatz?
- Umweltgerechtes Wohnen — wie verwirklichen die existierenden Möglichkeiten?
- Neue Beziehung Arbeit — Umwelt — Krankheit statt Kostenexplosion im Gesundheitswesen?
- Anderen Völkern mit unserer Technologie bei ihrer Entwicklung helfen?
- Streichung der Schulden der Länder der dritten Welt?

Das Argument von Genossinnen und Genossen, man könne auf diese Fragen nicht eingehen, weil wir doch nicht wissen, wie sich alles entwickelt, zählt nicht, denn es stimmt nur sehr beschränkt. Was es zu wenig gibt, sind längerfristig organisierte kollektive Überlegungen der KPD zu diesen Themen. Glücklicherweise haben sich andere mehr Überlegungen dazu gemacht, und wir können von ihnen viel erhalten.

Um unserem Programm den „sozialen Inhalt" der Revolution zur Grundlage zu machen, der auch wirklich den Wünschen und Vorstellungen der Bevölkerung entspricht, müssen wir nur die Möglichkeiten nützen, die wir haben: dem Volk aufs Maul schauen und zuhören. Diese Möglichkeiten haben sich mittlerweile wohl die meisten Mitgliederinnen und Mitglieder der Partei geschaffen, denn in gesellschaftspolitischen Getto lebt wohl keine/r mehr.

Unsere Erfahrungen zeigen doch, daß sich viele Menschen bei uns durchaus theoretisch bessere Lebensbedingungen ausdenken können, sich aber deren Realisierung nicht. Entweder sagen sie: Wer soll das bezahlen? Auf uns nimmt ja doch keiner Rücksicht. Oder: Mag ja sein, aber ich muß ja da arbeiten. Besonders deutlich wird das bei der Umweltschutzdiskussion. Auch viele, die über Die Grünen, Greenpeace, Robin Wood usw. schimpfen, weil sie z. B. in der Energiewirtschaft arbeiten, sehen, daß es ja „eigentlich" richtig ist, was die da machen. Und „eigentlich" ist es ja auch richtig, wenn die Asbestfabriken geschlossen würden oder Buschhaus oder oder oder ... Aber unter den heutigen Bedingungen können sie dafür nicht sein, weil sie dann kein Geld verdienen können.

Hier z. B. kann unser Programm einsetzen: diese Gesellschaft der BRD hat genug Reichtum, um jedem ein gesichertes Einkommen zu verschaffen. Es muß nicht jeder acht Stunden am Tag arbeiten, Waren sind genug da. Was ist schlimm daran, wenn eine bestimmte Fabrik geschlossen würde, weil deren Produktion über ist oder schädlich ist (z.B. Einwegverpackungen, Pharmaindustrie)? Dann könnte man die freigewordenen Arbeitskräfte doch auf die anderen Fabriken verteilen und dort arbeiten alle weniger. Das heißt z. B., daß im Kapitel „Arbeit" z.B. die Forderung aufgestellt würde, daß im Sozialismus erst mal untersucht werden müßte, welche Produktionsstätten wirklich notwendig sind. Und dabei wäre man flugs in der „Wirtschaftswachstumsdiskussion". Wir müssen hier Antworten geben, dem „Neuen" Bahn brechen! Ausgangspunkt dürfte bei der „Produktionsstättenuntersuchung" nicht ein abstrakter Arbeitsbegriff sein — Arbeit für alle! — sondern das Leben menschenwürdig zu machen — Sinnvolle Arbeit für alle! Feststellen aber, welche Produktionsstätten sinnvoll sind, welche über sind oder umgestellt werden sollten, können nur die Konsumenten, die oft auch letztlich die Produzenten sind. Deshalb muß die gesamte Entscheidungsbefugnis — d.h. letztlich die Macht — nach unten verlagert werden und deshalb brauchen wir Arbeiterdemokratie usw.

Mit dem Beispiel „Produktionsstättenuntersuchung" wollte ich nur zeigen, wie sich die gesellschaftlichen Formen des Sozialismus ableiten lassen müssen vom sozialen Inhalt der Revolution — hier: „sinnvolle Arbeit" und nicht allgemein „Arbeit" egal welche. Denn dieses Bedürfnis, gesellschaftlich sinnvolle Arbeit zu machen und damit zum Gelingen des Gesellschaftslebens beizutragen, hat wohl jeder Mensch. **Wir sind doch heute in der im Gegensatz zu früher gesellschaftlichen Situation, wo materielle Produkte zur Befriedigung der grundlegenden Bedürfnisse gesamtgesellschaftlich nahezu genügend vorhanden sind (Wohnungen, Schulen, Krankenhäuser, Verkehrsmittel, Lebensmittel usw.), aber auf Grund politischer und wirtschaftlicher Machtverhältnisse ungleich verteilt werden.** Und auch das gilt es, im Programm als Begründung für neue realistische Gesellschaftsvorstellungen festzustellen.

Durch diese historisch neue Situation — die Sowjetunion, China, Albanien usw. hatten völlig andere Voraussetzungen —, werden neue Ideen für eine menschenwürdige Gesellschaft gefordert, alte müssen über Bord geworfen werden. Und genau hier, was den sozialen Inhalt der Revolution angeht, vermisse ich im Programmentwurf diese neuen Ideen.

Der Programmentwurf kann nicht einfach um den sozialen Inhalt ergänzt werden, sondern er muß völlig neu geschrieben werden mit dem sozialen Inhalt als Kernpunkt. Dadurch würde das Programm auch einen optimistischen Grundton bekommen und offensiv wirken. Anfangen würde ich etwa so:

Es ist schon verrückt! Unsere Gesellschaft hat einen sagenhaften Reichtum: Eine vollausgebildete Infrastruktur für die Bildung, beim Wohnen, für die Arbeit. Wir stellen genügend und mehr Waren her, die jedem Menschen ein gesichertes Lebenseinkommen sichern können. Es gibt genügend Lehrer und Lehrerinnen, was unseren Kindern kleine Klassen ermöglichen könnte. Wir haben genügend Arbeitskräfte, um die Arbeit verkürzen zu können, daß sich keiner mehr krankarbeiten müßte. Unsere Umweltschutztechnologie könnte unsere Umwelt und Arbeitsplätze lebenswert machen, die neue Technologie die Gesellschaft von einem Großteil harter und monotoner Arbeit befreien. Wir könnten mehr Zeit haben, mit unseren Freundinnen und Freunden, mit unseren Nachbarn zu leben, gemeinsam an unseren Wohnhäusern herumbasteln, sie umbauen und aus den Mietskasernen wieder eine gemütliche Atmosphäre herausholen. Wir hätten Kraft und Zeit, uns gesellschaftlich zu engagieren, zu musizieren, zu basteln, zu tüfteln, zu dichten usw. Ohne Sorgen könnten wir alt werden. Viele Krankheiten würden verschwinden, wissen wir doch, daß die wesentlichen Ursachen in der Hektik des Alltags, in schlechten Arbeitsbedingungen und in einer verkorksten Umwelt liegen.

Man könnte mit den Möglichkeiten dieser Gesellschaft noch einiges mehr verwirklichen!

Stattdessen wissen viele nicht, ob sie morgen noch genügend Geld für sich und ihre Familie haben, um menschenwürdig leben zu können, weil sie morgen vielleicht schon keinen Arbeitsplatz mehr haben. Usw., usw., usw. (aber nicht zuviel)

Damit muß einfach Schluß werden. Damit wir nicht in immer größere Not, ja vielleicht sogar in den Umweltuntergang geraten, muß die Gesellschaft grundsätzlich umgeändert werden. Ziel muß eine Gesellschaft sein, wie sie zu Beginn beschrieben wurde. Und die ist erreichbar, wenn wir es wollen!

Jetzt müßten sich die verschiedenen Hauptprogrammpunkte anschließen: Möglicherweise so oder ähnlich:

- Arbeit und Leben mit der Kernforderung „Sinnvolle Arbeit für alle!"

  U.a. Wachstumsfrage; Arbeitszeitverkürzung; Existenzlohn; Ausbildung; Neue Technologie; Konsumwünsche
- Wohnen und Leben

  U.a. Mindestquadratmeterzahl; Mindestkomfort; Höchstmieten; offene Wohnmöglichkeiten wie Wohngemeinschaften; Kindergärten, Kindertagesstätten in verschiedenen Formen
- Lernen und Leben

  U.a. Schulpflicht; verschiedene Schulformen: freie Schulen; Zugang zur Uni
- Kultur und Leben

  U.a. freies Theater — subventionierte Theater; Bibliothekenausbau; Fernsehen: öffentlich-rechtlich — Kabelfernsehen; Presseerzeugnisse; Leistungssport
- Umwelt und Leben

  U.a. Energiefragen: Atom — Kohle — alternative Energien; Regeneration von Flüssen und Seen, Wälder und Tierwelt — Verursacherprinzip
- Soziale Sicherheit und Leben

  U.a. Rentenminimum; Krankenversicherung
- Gesellschaftliche Gleichberechtigung aller

  U.a. Aufbrechen der patriarchalischen Gesellschaft durch Quotenregelung für Frauen, möglicherweise auch für Ausländer/innen; Wahlrecht auch für Ausländer; Achtung und Schutz gesellschaftlicher Minderheiten
- Außenpolitik und Frieden

  Anerkennung, daß unser Reichtum auch auf Kosten anderer Völker gegangen ist — Streichung der Schulden gegenüber der dritten Welt; Neutralität; Anerkennung DDR (gut hier der Programmentwurf); Anerkennung der Westgrenze Polens u.a.m.

Nun müßte sich die Darstellung der gesellschaftlichen Hindernisse anschließen v.a. die ökonomischen Grundlagen der Macht, die existieren, um heute in der BRD dieses Programm zu verwirklichen. Es müßte deutlich gemacht werden, daß, diese Hindernisse nicht zu sehen bzw. sich zu weigern, diese grundlegend zu ändern, heißt, sich letztlich gegen die Arbeiter und Arbeiterinnen, gegen die Mehrheit der Bevölkerung zu stellen. Das ist nicht Boshaftigkeit einzelner Politiker oder Politikerinnen bzw. Parteien, sondern zwangsläufig. Durch die Darstellung der Zwangsläufigkeit solch eines Verhaltens, wenn man die ökonomischen Ursachen nicht sieht und nicht grundlegend ändern will, kommt man auch nicht in den Zwang, der SPD z.B. bewußten Verrat zu unterstellen, wie das im Programmentwurf steht. Mit der Darstellung der Möglichkeiten, diese politischen Verhältnisse zu verändern (Notwendigkeit der Revolution — auch hier der Programmentwurf gut), und der Darstellung der gesellschaftlichen Organisation der neuen Gesellschaft kann dann das Programm schließen. Hier kann man sich gut auf die Grundgedanken und -ausführungen des Programmentwurfs stützen, ergänzt durch die eingangs gemachten Bemerkungen.

Zum Umfang des Programms meine ich, daß er nicht künstlich beschränkt werden sollte. Mit dem oben Dargestellten ist der Umfang sicherlich größer als der des Programmentwurfs. **Ein Programm muß einen begründeten Inhalt haben, begründete Konzepte darstellen aber nicht begründen im Sinne einer wissenschaftlichen Arbeit. Es muß auf Untersuchungen fußen (s. z.B. die TOs zur EG, zur Wirtschaftsentwicklung usw.), Erfahrungen der Allgemeinheit zum Ausgangspunkt machen.** Wenn wir das berücksichtigen, dann werden wir ein gut lesbares, lebendiges, nicht überlanges Programm haben.

Gleichzeitig mit dieser Forderung, ein begründetes Programm zu erhalten, sollten wir uns vor Perfektionismus hüten. Aus welchen Gründen auch immer sind wir heute nicht in der Lage, zu allen wesentlichen Punkten feste Positionen zu vertreten. Das sollten wir akzeptieren und uns daran machen, diese Fragen zu beantworten. Wir sollten deshalb aber nicht warten, ein Programm zu verabschieden, aber wir sollten das im Vorwort zum Programm vermerken mit dem Hinweis, daß diese Positionen während der Arbeit der Partei entwickelt werden und nach und nach das Programm ergänzen werden.

W. aus Bochum

Verdreht

Betrifft: Artikel „Zur Behandlung der Rolle der KP im Rahmen der Programmdiskussion" im RM 33/34 vom 23.8.85

Laut ZK der KPD, das für den Artikel verantwortlich zeichnet, müssen wir „unser bisheriges Verständnis über die Rolle der kommunistischen Partei" überprüfen. In ähnlicher Form wurde dies auch schon in der vom V. Parteitag nicht behandelten, ihm aber vorgelegten **„Resolution zur Entwicklung der Partei" postuliert**. Und obwohl der Parteitag die Resolution nicht beschloß, ist das ZK heute eifrig dabei, ein neues Verständnis der Rolle der Partei auszuarbeiten.

Was ist denn, nach dem RM-Artikel geurteilt, das, was sich an unserem Verständnis der Rolle der Partei ändern muß?

Daß uns als KP **vor allem der vollständige Bruch mit dem Opportunismus** in der Arbeiterbewegung kennzeichnet, das soll sich ändern. Liebes ZK, du hast recht! **Lenin forderte den vollständigen Bruch mit dem Opportunismus.** Du siehst das „eine Kleinigkeit" anders. Du siehst es so, daß wir mit „der unstandslosen Übertragung der leninschen Theorie des schonungslosen Bruchs mit dem Opportunismus als Hauptmerkmal einer revolutionären" (meinte Lenin nicht eine **kommunistische??**) „Partei Schiffbruch erleiden" müssen, wenn wir als Kommunisten die Entwicklung des Klassenkampfes in der BRD **beeinflussen wollen. Zugegeben, das ist eine** wesentliche Änderung „unseres" Verständnisses von der Rolle der Partei.

Treu und brav habt ihr zwar selbst in dem Artikel Lenins Gründe für diese Theorie nachgeleiert, daß z.B. der Imperialismus diesen Opportunismus gesetzmäßig hervorbringt. Doch schon in euren „eigenen" Überlegungen kommt der Imperialismus nicht vor. Der würde dort auch stören, denn daß der Imperialismus auch in der BRD herrscht, daß die BRD eine **imperialistische Großmacht ist, dieser Gedanke** allein zeigt, daß auch heute Lenins Theorie vom schonungslosen Bruch mit dem Opportunismus für uns zutrifft. Der Imperialismus schafft die ökonomische Grundlage dafür, Teile der Arbeiterklasse zu kaufen. Und das geschieht auch und gerade in der BRD.

Sicherlich ist es wahr, daß heute in den Betrieben und Gewerkschaften mehr Kräfte auftreten, die die „Sozialpartnerschaftsideologie" in Frage stellen und für Klassenkampf eintreten. Doch genauso wahr ist es, daß diese Kräfte zugleich den Klassenkampf zurückzerren, solange sie in den Ideologien der linken Sozialdemokraten, der DKP, der sozialistischen Strömung bei den Grünen befangen bleiben. Erst der schonungslose Bruch mit diesen opportunistischen Ideologien wird diese Menschen zu kompromißlosen Kämpfern gegen den Kapitalismus und für die Diktatur des Proletariats machen.

Liebes ZK, du schreibst, daß Lenins Feststellung, die Anerkennung des Klassenkampfes allein bedeute nichts und sei rückschrittlich (ob Lenin soetwas sagte, weiß ich nicht; einen Quellennachweis hast du, liebes ZK, „vergessen"), für Westdeutschland heute nicht zutreffe. In Ordnung, ich bin sehr wohl der Meinung, daß man auch mit Leuten zusammenarbeiten kann und vor allem muß, die sehen, spüren, sagen, daß der Klassenkampf geführt werden muß, auch wenn sie keine Klarheit über die Konsequenzen dieser Haltung haben und sich trotz ihrer klassenkämpferischen Haltung der SPD, der DKP etc. zurechnen. Ich für mein Teil kann sagen, daß ich persönlich diese Zusammenarbeit suche und auch praktiziert habe. Nur ist mir im Traum nicht eingefallen, **daß für diese Zusammenarbeit** in konkreten Kämpfen **der schonungslose Bruch mit dem Opportunismus ein Hindernis sei.** Im Gegenteil, er ist eine **unerläßliche Bedingung** für diese Zusammenarbeit, **damit nämlich diese nicht dazu führt, daß man den unklaren, jawohl, opportunistischen Ideen, Praktiken und Taktiken der SPD, DKP etc. auf den Leim** geht. Auch ist diese Zusammenarbeit durchaus kein **absolutes Gesetz**, es kann durchaus Situationen geben, wo auch gegenüber dem feinsten SPD-Kumpel, dem nettesten DKP-Kollegen Kampf und Auseinandersetzung angesagt ist. Und letzteres ist gar nicht so selten. Ich rede hier nicht von den Sektierer-Bräuchen unseligen Angedenkens — mit Klopperei, Ausschreierei, Beleidigung und dergleichen, sondern davon, daß es in bestimmten Situationen Pflicht der Kommunisten ist, die Arbeiterklasse klipp und klar über üble verräterische, im Gegensatz zu den Interessen der Arbeiterklasse stehende Vorschläge, Strategien, Taktiken der Revis oder der Sozialdemokraten aufzuklären; und da **kann Kollege X von der SPD noch so** ein feiner Kumpel und Kollege Y von der DKP noch so in Ordnung sein — es **hilft nichts, wir müssen gegen ihre** Gedanken, Vorschläge, Konzepte in aller Klarheit auftreten, gegebenenfalls auch einen richtigen Kampf organisieren. Um wieviel mehr aber gilt dieses, wenn es nicht um die Kollegen, sondern um die Parteien geht. Da möge der linke Flügel der SPD noch so interessante Punkte in die Debatte („Massendiskussion") werfen — es hilft nichts, ihre Partei muß in Grund und Boden, wenn es in Deutschland jemals eine Revolution geben soll!

Der ganze Sinn der Überlegungen **Lenins zu diesen Problemen ist ja** gerade der, daß die KP es verstehen muß, **sowohl** im Einzelnen, im Konkreten zusammenzuarbeiten, **als auch** in der Hauptsache, **den schonungslosesten Kampf** gegen den Opportunismus zu führen, mehr noch, gerade diese Zusammenarbeit müssen wir als **Taktik im Dienste dieses schonungslosen Kampfes** gestalten. Aber wie soll all das geschehen, wenn für uns Kommunisten nicht der schonungslose Bruch mit dem Opportunismus gelten soll?!

Lenin selbst hat etliche Beispiele für **dieses** Herangehen geliefert. Und du, liebes ZK, hast es fertiggebracht, in deinem Artikel ein solches leninsches Beispiel revolutionärer Taktik gegenüber dem Opportunismus **in der eklatantesten, dreistesten und offensten Weise** zu verdrehen, zu dem einzigen Zweck, die Leninschen Denkweisen gerade ihres revolutionären Kerns zu berauben. Dir scheint nur noch ein entstellter, „kastrierter" Leninismus erträglich zu sein!

Was meine ich? Das ZK behauptet, die marxistisch-leninistischen Kritiker seiner Theorie würden Lenin gerade dazu benutzen, sich eine Rechtfertigungstheorie für ein Sektendasein der KP zurechtzuzimmern, sie berufen sich angeblich auf Lenin, um ihre Unfähigkeit zur Entfaltung einer revolutionären Arbeiterpolitik zu ummänteln. Ätsch, sagt da unser ZK, die Sektierer kennen ihren Lenin aber schlecht! Warum, so fragt das ZK, „empfiehlt er den englischen Kommunisten z.B., die nur eine sehr kleine Partei waren, zur Wahl der Labour-Party aufzurufen, um sich Gehör bei den Massen zu verschaffen, warum empfiehlt er ihnen, zu erwägen, in der Labour-Party zu arbeiten (nachdem er auf die besondere Eigenart der englischen Labour Party hingewiesen hat)?" (RM 33/34, S. 10 3/4. Spalte) Das muß man zweimal lesen, das Kopfschütteln bleibt. Ich erspare mir die Kennzeichnung der Tatsache, daß du, liebes ZK „vergessen" hast, auch hier die Quelle zu nennen. Ich nenne sie, mit der besten Empfehlung an alle Genossinnen und Genossen, Lenin lieber original und nicht in einer durch das ZK „vertieften" Version zu lesen: Es handelt sich um das Kapitel: „Der ‚linke' Kommunismus in England" aus der Berühmten Schrift: „Der ‚linke' Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus". Dieses Kapitel, das sich mit linken, sektiererischen Auffassungen in der gespaltenen kommunistischen Bewegung in England nach dem 1. Weltkrieg auseinandersetzt, ist so komplex und differenziert, daß die wirkliche Richtigstellung der ZK-Entstellung den Rahmen eines Leserbriefes sprengen würde. Ich versuche mich kurz zu fassen: Weder hat Lenin den britischen Kommunisten empfohlen, zur Wahl der Labour Party aufzurufen, noch hat er ihnen empfohlen, zu erwägen, in der Labour Party zu arbeiten. Was letzteres anbetrifft, erwogen das Teile der britischen kommunistischen Bewegung, und Lenin bedauert, auf diese Frage mangels Materials zu dieser Frage nicht eingehen zu können, warnt aber wegen „der stark ausgeprägten Eigenart der britischen Arbeiterpartei", diese Frage schematisch zu betrachten. Lenin äußert in alleräußerster Behutsamkeit die Auffassung, daß dieser Gedanke nicht von vornherein ausgeschlossen werden dürfe.

Viel gravierender aber ist die erste Entstellung. **In Wahrheit empfahl** Lenin den britischen Kommunisten (eine Partei hatten sie noch gar nicht zustande gebracht, wegen der **Meinungsverschiedenheiten über die Beteiligung** am Parlament und der Stellung zur Labour Party) 1. diese Meinungsverschiedenheiten beizulegen und die Partei zu schaffen, „auf dem Boden der Grundsätze der III. Internationale und der **obligatorischen** Beteiligung am Parlament". Insbesondere die Frage der **Parlamentsbeteiligung stellt Lenin**, im Gegensatz zu den britischen „Linken" in den Vordergrund. Er war der Meinung, daß es in der damaligen Situation (eine revolutionäre Krise war möglich!) darauf ankam, **Kommunisten (und nicht Labour-Leute) ins Parlament zu bringen.** Dabei kam es ihm aber nicht auf die Zahl an, sondern darauf, daß überhaupt welche reinkamen, um die noch der opportunistischen Labour-Party folgenden **Massen** von der Untauglichkeit dieser Partei auch von der Tribüne des Parlaments aus zu überzeugen, und das Parlament „von innen zu zersetzen".

Zweitens empfahl Lenin, der Labour-Party **ein Wahlabkommen vorzuschlagen** (als Mittel, um die Parlamentsbeteiligung einiger kommunistischer Abgeordneter zu erreichen!): „Wir kämpfen gemeinsam gegen das Bündnis Loyd Georges und der Konservativen", (ein Bündnis der vor der Arbeiterbewegung zunehmend zitternden britischen Bourgeoisie) „verteilen die Parlamentssitze entsprechen der Zahl der von den Arbeitern für die Arbeiterpartei" (Labour Party) „bzw. die Kommunisten abgegebenen Stimmen ..."

Doch dann verlangt Lenin, daß ein solcher Block nur unter der Bedingung **der vollsten Freiheit der Aktion, Agitation** und Propaganda der KP geschlossen werden dürfe. Und er betont ausdrücklich: „Die vollste Freiheit der Entlarvung der Henderson und Snowdon" (Führer der Labour-Party), derselben also, mit denen man einen Block bildet.

Es liegt auf der Hand, daß Lenin die Möglichkeit des Zustandekommens **eines solchen** Abkommens nicht aufgrund der freundlichen Haltung beider Seiten gegenüber einander als gegeben ansah, sondern einzig und allein aufgrund der Logik der Verhältnisse des damaligen Klassenkampfes und des Kräfteverhältnisse. Und er schätzte die Möglichkeit des Zustandekommens sowieso sehr kritisch ein, denn seine Empfehlung an die britischen Kommunisten ist so konzipiert, daß sie ihnen sowohl im Falle des Entgegenkommens der Labour-Führer als auch im Falle der Ablehnung Vorteile gebracht hätte. Wie schon angedeutet, sah Lenin die Möglichkeit einer revolutionären Krise. Dem entgegen stand aber die Tatsache, daß die Mehrheit der Arbeiter hinter der opportunistischen Labour-Führung stand und eine Revolution eine Loslösung der Klasse von diesen unbedingt erforderte, was wiederum von den Kommunisten verlangte, im Parlament das Parlament **und** die Politik der Labour-Führung zu entlarven.

Und er führt aus, daß ein (zeitweiliges, partielles) Zusammengehen mit der Labour-Party die Sympathien der Massen für die Kommunisten steigern würde, der Massen, die den Kampf gegen die Parteien der Bourgeoisie wollen. Weiter sagt er, daß eine Ablehnung der Blockbildung die Labour-Führer bloßstellen würde, weil ein solches Angebot der Kommunisten bei den von Labour beeinflußten Massen Sympathie erwecken würde.

Es versteht sich natürlich von selbst, daß ein Wahlabkommen mit der Labour Party die KP vor die Notwendigkeit stellt, die Kandidaten des Blocks zu propagieren, d.h. **auch** Labour-Leute.

Schließlich muß noch erwähnt werden, was Lenin für den Fall vorschlägt, daß die Labour-Führung **ablehnt**: „Wir würden", so Lenin, „unsere Kandidaten nur in einer ganz geringen Zahl **absolut sicherer** (Hervorhebung von mir — N.) Wahlkreise aufstellen, d.h. dort, wo die Aufstellung unserer Kandidaten nicht den Liberalen zum Sieg über die Labouristen verhelfen würden. Wir würden ‚kommunistische Agitation und Propaganda betreiben' und in **allen Wahlkreisen, in denen wir keinen eigenen Kandidaten aufstellen**, (Hervorhebung von mir) empfehlen, **für den Labouristen und gegen den Bourgeois zu stimmen."**

Das, liebes ZK, diesen letzten Halbsatz, meintest ihr wohl. Aus einer revolutionären Taktik, angesichts einer möglichen revolutionären Krise **die unbedingt erforderliche Parlamentsbeteiligung von Kommunisten zu erreichen**, macht ihr einen Wahlaufruf zugunsten der Labour Party.

Wenn man nun noch bedenkt, daß das ZK sich in dem Artikel gegenüber den Marxisten-Leninisten in die Brust wirft und ihnen vorwirft, sie wollten das Sektendasein der Partei theoretisch bemänteln, so gebe ich euch zurück, daß ihr versucht, die kleine Partei KPD (verdient sie mit solch einem ZK noch diesen Namen?) am eigenen Zopf sich aus dem Sumpf ziehen zu lassen.

Lenin schrieb von einigen wenigen für die britischen Kommunisten **absolut sicheren** Wahlkreisen. So einflußlos können die britischen Kommunisten doch wohl nicht gewesen sein. Unser ZK aber nennt sie „eine sehr kleine Partei", **setzt sie also der KPD von heute gleich.** Damit, mit dieser letzten Verdrehung offenbart das ZK plastisch, daß es sich heute bemüht, durch Preisgabe des Leninismus (und damit, machen wir uns da nichts vor, auch des Marxismus!) den Aufstieg zu einer größeren Partei erkaufen zu können — bloß was für eine?!

Rot Front, N.

P.S.: Ich hoffe, ihr veröffentlicht den Brief. Wenn nicht, sehe ich mich gezwungen, ihn anderweitig zu veröffentlichen.

Zum Freuen

Liebe Genossinnen und Genossen,

das war ja mal was zum Freuen, der Beschluß, den das ZK letzte Woche zur Quotierung gefaßt hat. Ein Beschluß, **der mich — vorsichtig ausgedrückt —** erstaunt hat.

Ich denke, wir Genossinnen müssen jetzt besonders bestimmte inhaltliche Positionen klarlegen, was die Rolle der Frau in der heutigen Gesellschaft betrifft.

Die Frauenfrage ist kein abgetrennter Spezialpunkt, der nur die Hälfte der Klasse betrifft. Besonders zugkräftig für diese Beweisführung ist dafür der Aspekt der Flexibilisierung. Nicht umsonst hat die CDU ihr „Für eine neue Partnerschaft zwischen Frau und Mann" geschrieben. Nicht umsonst betonte Heiner Geißler die Bedeutung seines Ministeriums für die Umstrukturierung der Gesellschaft im Sinne des Kapitals, versteht sich. Die Frauen sollen als Hebel für Lohndrückerei, **insbesondere als Hebel für Flexibilisierung** benutzt werden — für die weitere Spaltung der Arbeiterklasse. Für die Spaltung in Kern- und Randbelegschaften. Für die Aushebelung von Rechten (ungeschützte Arbeitsverhältnisse, Zeitverträge, Heimarbeit) und Behinderung der Gewerkschaften.

Das geht offenbar auch ganz gut, unterstützt durch herrschende Verhältnisse, „Doppelverdiener"-Ideologie, „Bedarf" nach Teilzeitarbeit bei Frauen, und, nicht zuletzt, die **Auffassung, die Frauenfrage sei ein Sonderproblem**, ein „Minderheitenproblem".

Die Politik von Geißler und Co. hat offensichtlich auch bei den Frauen erhebliche Verwirrung gestiftet. Siehe Alice Schwarzer (den RM-Artikel dazu fand ich gut) und ihre Forderungen wie „Hausfrauenlohn", die m.E. als einzigen positiven Aspekt hat, daß wir anfangen, uns mit der Lage der Hausfrauen und der familiären Situation zu beschäftigen.

Zu dieser Spaltungspolitik muß die KPD sich verhalten. Die Frauen in der KPD müssen dafür sorgen, daß das Allgemeingut wird. (Sehr hilfreich dazu sind die Artikel und Analysen in den „RGO-Nachrichten"). Diese ganze Frage ist natürlich nur ein Aspekt, aber einer, der ausgesprochen auf der Hand liegt und der z.B. im Programmentwurf nicht im mindesten berücksichtigt ist (nicht einmal der!!).

Ein anderer Punkt ist zum Beispiel unsere innere Struktur, eine Frage, die mit einer Quotierung nicht gegessen, sondern im Gegenteil erst aufgeworfen ist. Mehr Einbeziehung der Frauen in Entscheidungen und die praktische Politik läßt sich nicht über Posten regeln, sondern muß ihre Fortsetzung in einer anderen Arbeitsweise finden.

In der Offenheit für diese Fragen wird sich auch entscheiden, ob unsere Forderungen politische Konsequenzen haben oder ob eine Quotierung unter „Ist doch schick mal" oder „Sieht ja auch besser aus" abgehandelt wird.

Anning aus Do.

Beschimpfungen

Liebe Genossinnen und Genossen!

Es wird wieder kalt im Lande (so langsam merkt der Mensch das), und das motiviert mich, wieder zur Feder zu greifen. Kalt war nämlich auch der euch sicher bekannte Artikel in der „Roten Fahne" 36/85, Seite 9.

Was konnten wir da nicht alles an wildesten Beschimpfungen, gerichtet an unser ZK, lesen. Glaubt denn hier wirklich einer auch nur für 5 Pfennig an das Geschmiere der Pappnasenredaktion der MLPD? Ach, was haben diese Knaller nicht alles drauf. Sie werfen dem ZK ein „bürokratisches Kommandoregime" vor, Handlungsweise wie in bürgerlichen Parteien, trotzkistische Linie usw. Also den gesamten Ultra-Mikrokosmos der vergangenen Jahre machen sich unsere Schwaben und sonstige MLPD-Führer zu eigen, und kommen zu der gigantischen Schlußfolgerung: Die KPD ist kaputt — wir sind die Partei! Sicherlich durch den kosmo-maoistischen Kurs ihres geliebten ZK mit Stefan Engel an der Spitze (Verzeihung).

Ebenso der unverschämte Artikel zum Tode des Genossen Ernst Aust **(„Rote Fahne" 35/85), der die Ehre des verstorbenen Ernst offensichtlich in den Dreck ziehen wollte. Da hilft auch alle** Berichtigung eine Woche später nichts mehr.

Ich habe dieses anmaßende Gehabe dieser Partei **endgültig satt! Anstatt sich** mit unseren Positionen **sachlich** und vernünftig auseinanderzusetzen, hetzen und beleidigen sie uns, wo sie nur können. Ich finde, wenn die KPD und GIM solidarisch diskutieren und sich ggf. vereinigen wollen, so ist das gut und nicht schlecht, und damit fertig! Das reicht völlig als Antwort für diesen MLPD-Unsinn aus. Weiter fände ich es nützlich, wenn unsere Partei in Zukunft auf diese Art von „Auseinandersetzung" nicht mehr eingehe.

Was die Demokratie in der Partei angeht, Genossen der MLPD, wo ist sie denn in eurer Partei? Wo denn? Wenn jetzt einer kommt und mir sagt, da vorne ist sie doch, dann kann er höchstens die Fliege, die bei mir an der Wand sitzt, meinen.

Ansonsten habe ich den Ausführungen des Genossen T. aus **Ravensburg/Weingarten im RM 31/32**, 85 nichts mehr hinzuzufügen. Er trifft den Nagel auf den Kopf.

Entschuldigt bitte meinen Ton, aber das ist doch nicht mehr zu fassen!

A.S., Bielefeld

Randale um Rambo

In verschiedenen Städten, vor vielen Filmtheatern gab es in letzter Zeit Randale um Rambo. Protestaktionen gegen die Aufführung des Hetzfilms „Rambo II — der Auftrag". Zuwenig Aktionen noch, denn der Film läuft weiterhin in vielen Kinos.



Am vergangenen Donnerstag lief *„Rambo II"* an. Mit der hohen Zahl von 240 Kopien wurde der US-Kriegsfilm von der Verleihfirma gestartet. Der Hetzfilm, der den mörderischen Krieg der USA gegen das vietnamesische Volk verherrlicht, und den blutigen Rachefeldzug eines Einzelkämpfers animiert: *„Seit „Rambo" weiß ich, was ich das nächste Mal zu tun habe."* (Sh. auch Roter Morgen 36/85 Seite 8)

In vielen Städten kam es nun beim Start zu Protesten. Dabei wurden viele verschiedene Formen angewandt. Kinobesitzer wurden angeschrieben, Unterschriften gesammelt, Informations- und Protestkundgebungen vor den Lichtspielhäusern fanden statt, Flugblätter wurden verteilt.

Zuletzt gelang es der demokratischen Öffentlichkeit den Hetzfilm *„Die Rote Flut"* aus den Kinos zu verbannen. Bei *„Rambo"* ist es noch nicht so weit. Darum muß der Protest noch entschiedener, noch massiver werden. Sollen Hetzstreifen wie dieser nicht alltägliche Erscheinungen in den Kinos werden, muß die Absetzung *„Rambos"* erzwungen werden. Skandalös ist bei der ganzen Geschichte noch, daß der Verleih und viele Besitzer sich auf die Abnahme des Streifens durch die „Freiwillige Selbstkontrolle" (FSK) der Filmwirtschaft berufen. Dabei heißt es in deren Grundsätzen im Paragraphen 2: *„Kein Film darf a)... die Würde des Menschen verletzen, entsittlichend oder verrohend wirken..., b)... die Menschenrechte oder Grundrechte mißachten, im besonderen durch totalitäre oder rassenhetzerische Tendenzen, c) das friedliche Zusammenleben der Völker stören und dadurch die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu anderen Staaten gefährden, imperialistische oder militärische Tendenzen fördern oder das Kriegsgeschehen verherrlichen oder verharmlosen."* Nun, alle diese Bedingungen passen auf *„Rambo II"*, aber was die Grundsätze wert sind, wenn Verleiher und Kinobesitzer große Kasse wittern, zeigt der Start des Films mit 240 Kopien.

Eine wichtige Adresse für Proteste ist neben der des örtlichen Kinos noch der Verleih. Im Falle „Rambo" ist es der
Scotia
Filmverleih
Possartstr. 14
8000 München 80
Tel.: (089) 473027

Unser Bild zeigt eine der vielen Protestaktionen. Mit Unterstützung vieler anderer Gruppen informierte die Bremer DGB-Jugend Passanten und Kinobesucher mit dem Transparent und Flugblättern über die Verherrlichung von Gewalt und Krieg durch *„Rambo II"*.

Eldorado
Gefahr im Verzug 4. Woche
mit CHRISTOPHE MALAVOY und ANEMONE
ELITE
Rambo 2. TEIL — Der Auftrag
mit RICHARD CRENNA

Wie lange noch?

Presseerklärung der vietnamesischen Botschaft zu „Rambo II"

Die Botschaft der Sozialistischen Republik Vietnam hat eine Presseerklärung herausgegeben, in der sie die Aufführung des Hetzfilms „Rambo II" kritisiert. Die Botschaft bittet die Öffentlichkeit der Bundesrepublik ihren Einfluß geltend zu machen, um die Absetzung dieses Films zu erreichen. Im folgenden der Wortlaut der Erklärung:

Angesichts der Bemühungen zur Verbesserung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Republik Vietnam erachten wir die geplante Aufführung des US-Films „Rambo II — der Auftrag" in den Kinos der Bundesländer als völlig unverständlich und unangebracht. Es kann nicht anders bewertet werden, als eine Aktion bestimmter Kreise und Kräfte, die diese Bemühungen stören und die Atmosphäre der Beziehungen zwischen beiden Staaten vergiften und verschlechtern wollen.

Dieser Film ist eine Selbsterfindung des Autors. Er schürt nur Haß und Verleumdung gegen das vietnamesische Volk. Er verletzt ebenso auch die Sympathie der Öffentlichkeit gegenüber unserem Volk. Der Film „Rambo II — der Auftrag" dient in keiner Weise der Völkerverständigung. Die Botschaft der Sozialistischen Republik Vietnam bittet die Öffentlichkeit, ihren Einfluß geltend zu machen, damit diese hetzerische Aktion, die das friedliche Zusammenleben unserer Völker stört, in den Kinos der Bundesländer verhindert wird.

Reader Südafrika

Die Redaktion des Jugendmagazins „Roter Rebell" bietet jetzt eine dicke aktuelle und informative Materialsammlung zum Thema Südafrika an. Unter dem Titel **Power to the people — Keinen Frieden mit der Apartheid** sind auf 56 DIN-A4-Seiten aktuelle Zeitungsartikel, historische und wirtschaftliche Hintergrundmaterialien, Interviews und Stellungnahmen abgedruckt. Eine Lektüre, die Pflicht sein muß für jeden, der voll dabei sein will, wenn es um die Kritik der Apartheidspolitik und ihrer westdeutschen Sympathisanten geht. Die Materialsammlung kann zum Aktions- und Solidaritätspreis von nur 5,— DM (plus 2,— DM für Porto, bitte den Betrag in Briefmarken der Bestellung beilegen) bestellt werden beim:

RM-Verlag
Postfach 300526
4600 Dortmund 30



Was revolutionär-sozialistische Politik heutzutage alles braucht:

- engagierte Genossinnen und Genossen
- ein revolutionäres (und zutreffendes) Programm
- eine weitblickende Strategie
- eine ausgebuffte Taktik
- eine solide Betriebsverankerung
- eine starke Organisation
- politische Einheit
- etwas mehr kämpferische Solidarität
- keine Fraktionisten

und (unglücklicherweise) auch:
viel echtes Geld!
Spendet auf die Konten der KPD:
Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 44050199) Kto.-Nr. 321004547 Postgiroamt Dortmund, Kto.-Nr. 6420-467

Spenden für die KPD könnt Ihr von der Lohnsteuer absetzen:

Seit 1984 gelten neue Richtlinien über die Abzugsfähigkeit von Beiträgen und Spenden an politische Parteien. Was ist geändert? 1. Das Finanzamt erstattet euch von euren Beiträgen und Spenden bis zu einer Höhe von 1200,— DM (Ledige) und 2400,— DM (Verheiratete) 50 Prozent beim Lohnsteuerjahresausgleich bzw. bei der Einkommensteuererklärung. Wie gesagt, ihr bekommt 50 Prozent eurer Spenden wieder! 2. Oder mehr. Wenn ihr mehr als 1200,— DM bzw. 2400,— DM gezahlt habt, so könnt ir den Differenzberag zu 1200,— DM bzw. 2400,— DM noch einmal von eurem zu versteuernden Einkommen absetzen. Dies wirkt sich in echtem Geld so aus, daß ihr je nach Höhe eures Einkommens zwischen 10 und 35 Prozent der Spenden bzw. Beiträge vom Finanzamt ersetzt bekommt.

Seit dem Spendenaufruf im RM vom 24.5.85 sind bei uns **22104,30 DM** Spenden eingegangen. Das ist schon eine Menge Geld, das uns hilft, die Politik der Partei zu finanzieren. Wir bitten Euch jetzt nicht nachzulassen. Vielleicht kann die/der eine oder andere ja auch vom Weihnachtsgeld etwas für die Partei spenden. Hier ein Überblick über die eingegangenen Spenden:

KPD Gelsenkirchen	10,—
KPD Bochum	1036,—
KPD Duisburg	572,—
KPD Duisburg (für Wahlen NRW)	400,—
KPD Ruhr	5000,—
KPD Gelsenkirchen (für RM)	300,—
P.K., München (für RM)	500,—
J.H., Coburg (für RM)	10,—
M.H. u. H.J.St., Bremen	7000,—
U.F., Gelsenkirchen (für RM)	10,—
P.K., München (für RM)	500,—
J.H., Coburg (für RM)	10,—
KPD Gelsenkirchen	130,—
U.F., Gelsenkirchen (für RM)	15,—
J.H., Coburg (für RM)	10,—
P.K., München (für RM)	500,—
H.L.W., Köln	10,—
H.K., Bielefeld	1000,—
KPD Westfalen-Lippe	15,—
T.M., Weingarten	50,—
W.K., Braunschweig	20,—
KPD Weser-Ems	300,—
LBL Weser-Ems	1000,—
KPD Bremen-Gröpelingen	500,—
W.H., München	100,—
KPD Wilhelmshaven	600,—
KPD Weser-Ems	343,—
KPD Rheinland	50,—
B.S., Karlsruhe (für RM)	100,—
KPD Weser-Ems	123,—
W.H., München	200,—
C.G., München	20,—
W.P., Kiel	30,—
W.H., München	100,—
Gen.	13,30
M.B., Bochum	300,—
G.St., Dortmund	39,—
KPD Dortmund	610,—
A.B., Dortmund	10,—
KPD Frankfurt	26,—
insgesamt	**22104,30**

Wir danken allen Genossinnen und Genossen herzlich für ihre Spenden.

Parteibüros der KPD

und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

Zentralkomitee der KPD, Redaktion Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4630 **Bochum**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110

4600 **Dortmund** (Brackel), Kontaktadresse: Helmut Weiss, Am Westheck 109 a, Tel.: (0231) 20931

4100 **Duisburg** 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: (0203) 443014

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeiten zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr

2000 **Hamburg** 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr.

3000 **Hannover** 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen: Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzky-Ring 29, Tel.: (0511) 466529

7100 **Heilbronn**, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1

2300 **Kiel** 1, KPD, Rendsburger Landstr. 9, Tel.: (0431) 642110, geöffnet: Di u. Fr 18 - 20 Uhr

5090 **Leverkusen** 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz: W. Rohr, Sedanstr. 21, Tel.: (0621) 699382

7000 **Stuttgart** 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 2624388, geöffnet Mo u. Fr. 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr

KPD Saar: 6685 **Heiligenwald**, Kontaktadresse: E. Bittner, Waldwiesstr. 13

Sektion Westberlin: 1000 Berlin 44 (Neukölln), Parteibüro der KPD, Mainzer Str. 18, Tel.: (030) 6228474